

KOOPERATIONSVERTRAG 2026-2030

VERANTWORTUNG FÜR UNSER MÜLHEIM AN DER RUHR



IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Kreisverband Mülheim an der Ruhr
Bahnstraße 31
45468 Mülheim an der Ruhr

SPD-Unterbezirk Mülheim an der Ruhr
Gerd-Müller-Haus
Auerstraße 13
45468 Mülheim an der Ruhr

Druck:
LIMEGO GmbH
Am Bugapark 60
45899 Gelsenkirchen

Fotos:
Adobe Stock Art
Ursula Schröder

Gestaltung:
Dagmar Weise

INHALT

1. VERANTWORTUNG FÜR UNSER MÜLHEIM AN DER RUHR (VORWORT)	05
2. WIRTSCHAFT, INNOVATION, ENERGIE UND BETRIEBE DER STADT	05
3. KINDER, JUGEND UND FAMILIEN	08
4. BILDUNG, SCHULE, WEITERBILDUNG UND WISSENSCHAFT	11
5. FINANZEN, IMMOBILIEN UND PERSONALENTWICKLUNG	13
6. ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES	15
7. SPORT	19
8. BAUEN, WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG	23
9. BÜRGERANGELEGENHEITEN, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ, SICHERHEIT UND ORDNUNG	26
10. KLIMA, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT	28
11. KULTUR, BRAUCHTUM, TOURISMUS UND STADTGESCHICHTE	34
12. MOBILITÄT	38
13. CHANCENGERECHTIGKEIT UND INTEGRATION	40
14. HAUPTAUSSCHUSS / DEMOKRATIE UND WAHLEN	42
15. RECHNUNGSPRÜFUNG	45
16. RECHTSRUHR-SÜD (BEZIRKSVERTRETUNG 1)	45
17. RECHTSRUHR-NORD (BEZIRKSVERTRETUNG 2)	46
18. LINKSRUHR (BEZIRKSVERTRETUNG 3)	49
19. ZUSAMMENARBEIT DER KOOPERATIONSPARTNERINNEN	50
20. DANCSAGUNG	50





Alle Themen sind für uns gleichermaßen von besonderer Bedeutung; die Reihenfolge der Kapitel stellt daher keine Priorisierung dar.

1. VERANTWORTUNG FÜR UNSER MÜLHEIM AN DER RUHR (VORWORT)

Mülheim an der Ruhr ist eine Stadt mit großem Potenzial, engagierten Bürgerinnen und Bürgern und einer starken Gemeinschaft. Unsere Heimatstadt verbindet wirtschaftliche Kompetenz mit sozialem Zusammenhalt, Tradition mit Innovationskraft und Lebensqualität mit urbaner Dynamik. Dieses Fundament wollen wir stärken und gemeinsam weiterentwickeln. Für uns stehen Familien im Mittelpunkt: Wir wollen, dass sie sich in unserer Heimatstadt wohlfühlen, im Alltag die Unterstützung bekommen, die sie brauchen und dass alle Kinder gleiche Bildungschancen erhalten. Wir stärken unsere Bildungseinrichtungen. Wir setzen darauf, dass Familien sicher leben können. Dafür sorgen wir für Ordnung, eine gelingende Integration und ein funktionierendes Migrationsystem. Gleichzeitig sichern wir die soziale Infrastruktur in unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund übernehmen wir Verantwortung und verständigen uns auf eine verlässliche Zusammenarbeit. Uns verbindet das gemeinsame Ziel, das Beste für Mülheim an der Ruhr zu erreichen. Wir setzen auf Stabilität im Rat, transparente Entscheidungsprozesse und eine Politik, die die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Dabei verbinden wir wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Verantwortung. Wir wollen Mülheim an der Ruhr verantwortungsvoll, transparent und im engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zukunftsfest und lebenswert gestalten.

2. WIRTSCHAFT, INNOVATION, ENERGIE UND BETRIEBE DER STADT

Unser gemeinsames Ziel ist es, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt zu stärken, Innovationen zu fördern, gute Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen und zugleich die Weichen für eine verlässliche, nachhaltige und zukunftsorientierte Energiepolitik zu stellen.

SPD und CDU sehen in der wirtschaftlichen Entwicklung Mülheims große Chancen und Potentiale für die kommenden Jahre. Insbesondere bei

der Weiterentwicklung von Gewerbeflächen eröffnet sich durch die Fortschritte an verschiedenen Standorten (bspw. CTPark, Flex City, Flughafen Essen-Mülheim) ein neues Window of Opportunity, Mülheim an der Ruhr als innovativen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort aufzustellen. Wir werden die Wirtschaftsförderung stärken, die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben, den Wissenschafts- und Technologiestandort Mülheim ausbauen und die Potenziale erneuerbarer Energien konsequent nutzen.

Strategische Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts und der Wirtschaftsförderung Mülheim an der Ruhr

Eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung ist Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und Standortattraktivität. Deshalb entwickeln wir die Wirtschaftsförderung personell und strukturell weiter, orientiert an klaren strategischen Zielen. Ziel ist es, den Wirtschaftsstandort Mülheim an der Ruhr nachhaltig weiterzuentwickeln. Wir wollen neue Unternehmen für den Standort gewinnen und bestehende Unternehmen langfristig binden.

Die Wirtschaftsförderung soll als zentrale Schnittstelle zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik agieren. Insbesondere soll sie eine ausgeprägte Guide- und Kümmererfunktion für interessierte Unternehmen übernehmen und diese aktiv durch Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse begleiten. Gleichzeitig soll sie Unternehmen, Eigentümerinnen und Eigentümer von Gewerbeflächen sowie Investoren stärker zusammenbringen und gezielt Ansiedlungen unterstützen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf einer aktiven Ansiedlungspolitik. Die Wirtschaftsförderung soll bestehende Potenzialflächen strategisch entwickeln und vermarkten. Mülheim an der Ruhr braucht starke Gewerbe- und Innovationsstandorte. Deshalb treiben wir die Erschließung und Entwicklung geeigneter Gewerbeflächen voran, etwa auf dem Vallourec-Areal, Mülheim-West, im Rhein-Ruhr-Hafen und am Flughafen Essen-Mülheim. Das Flughafenareal wollen wir zu einem Innovationspark für Luft- und auch Raumfahrt weiterentwickeln. Zugleich achten wir darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und gute Wohn- und Lebensverhältnisse in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Der attraktive Wirtschaftsstandort Mülheim an der Ruhr soll auch in der Außenwirkung durch intensives Standortmarketing noch sichtbarer werden. Wir wünschen uns eine dauerhafte Präsenz auf der Expo Real. Wir wollen zudem den Wirtschaftspreis als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung unternehmerischer Leistungen und zur Förderung der lokalen Wirtschaft erhalten. Für beides unterstützen wir die Verwaltung und Unternehmen, die Finanzierung sicherzustellen.

Die Wirtschaftsförderung soll stärker dazu beitragen, wirtschaftliche Bedarfe mit Bildungs- und Ausbildungspotenzialen der Stadt zu vernetzen. Dabei spielt insbesondere die Hochschule Ruhr West eine zentrale Rolle. Die Hochschule soll weiterentwickelt und noch besser mit der Stadt, der lokalen Wirtschaft sowie mit Schulen vernetzt werden, um Innovation, Fachkräfteentwicklung und Unternehmensgründungen zu fördern.

Die erfolgreiche Entwicklung des Wallviertels möchten wir im Rahmen des City-managements weiter begleiten und stärken.

Gründungs- und Start-up-Förderung

Wir bauen die Gründungs- und Start-up-Förderung in Mülheim an der Ruhr aus, um Innovationen zu fördern, neue Unternehmen am Standort zu etablieren und insbesondere junge Unternehmen langfristig in der Stadt zu halten.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf wissenschaftlichen Ausgründungen aus der Hochschule Ruhr West sowie aus Forschungseinrichtungen wie dem Max-Planck-Institut. Ziel ist es, Innovationspotenziale aus Wissenschaft und Forschung stärker in unternehmerische Gründungen zu überführen und diese möglichst dauerhaft am Standort Mülheim an der Ruhr zu halten.

Darüber hinaus soll die Wirtschaftsförderung Gründungsinteressierte gezielt unterstützen, z. B. indem sie geeignete Räumlichkeiten für Start-ups und junge Unternehmen identifiziert und vermittelt.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie wirtschaftliche Innovationspotenziale stärker mit Schulen vernetzt werden und Kontakte zwischen Schulen, Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen wie der Hochschule Ruhr West gefördert werden können.

Flughafen Essen/Mülheim (FEM)

Der Flughafen Essen/Mülheim bleibt ein bedeutender Bestandteil der städtischen Verkehrs- und Wirtschaftsinfrastruktur und wird im Sinne des beschlossenen Gesamtkonzepts weiterentwickelt. Ziel ist es, den Standort als innovativen Wirtschafts- und Forschungsstandort auszubauen und neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen.

Dabei soll insbesondere die Entwicklung neuer Technologien im Bereich elektrischer Luftmobilität, Raumfahrtforschung (Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung auf Landes-, Bundes- und Europaebene, siehe Förderungen und Ausgliederungen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Köln) sowie innovativer Drohnen- und Transporttechnologien unterstützt werden. Der Flughafen bietet Potenzial für neue Formen der Mobilität im Personen- und Gütertransport und kann langfristig zu einem wichtigen Innovationsstandort für diese Technologien werden. Gemeinsam mit den relevanten Akteuren werden wir in einem ergebnisoffenen Dialog untersuchen, ob der FEM als Standort und Knotenpunkt für Advanced Air Mobility (AAM) entwickelt werden kann. AAM umfasst sowohl Regional Air Mobility (RAM) als auch Urban Air Mobility (UAM).

Darüber hinaus erkennen wir das Potenzial des Flughafens als weiteren Standort für ein Hotel an, insbesondere in Hinblick auf Tagungen, Konferenzen und wirtschaftsbezogene Veranstaltungen.

Task Force „Digitale Verwaltung, digitale Teilhabe“

Wir gründen eine Task Force „Digitale Verwaltung, digitale Teilhabe“ mit dem Ziel, eine verbindliche Digitalisierungsroadmap für Mülheim an der Ruhr zu erarbeiten.

Im Fokus stehen die Digitalisierung zentraler Verwaltungsprozesse, ein intelligenter und effizienter Datenaustausch zwischen Ämtern, der praxisnahe Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie die weitere Implementierung der Leistungen des Onlinezugangsgesetzes.

Die Task Force soll interdisziplinär zusammengesetzt sein und Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Fachbereichen und Politik zusammenbringen, um die Digitalisierung der Ver-

waltung aktiv voranzutreiben. Ziel ist es, Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse weiterhin zu beschleunigen, bürokratische Hürden abzubauen und perspektivisch eine weitgehend papierfreie Verwaltung zu ermöglichen.

Bis zum ersten Quartal 2027 soll eine verbindliche Digitalisierungsstrategie mit konkreten Maßnahmen, Prioritäten und Umsetzungsschritten vorliegen, die als Grundlage für die weitere digitale Transformation der Verwaltung dient.

Im Rahmen dieses Prozesses soll eine umfassende „KI-Strategie“ im Rahmen der Digitalisierungsstrategie entwickelt und mittels einer „KI-Koordination“ im zuständigen Amt in der Verwaltung umgesetzt werden.

Kommunale Wärmeplanung

Wir begleiten die Umsetzung des kommunalen Wärmeplans aktiv und sorgen für transparente Berichterstattung über Fortschritte, Entscheidungen und Perspektiven.

Der Ausbau der Wärmeversorgung und des Fernwärmenetzes muss sozial ausgestaltet werden und für alle Beteiligten – Stadt, Energieversorger, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen – finanzierbar sein. Wir nutzen alle möglichen erneuerbaren Wärmeträger und prüfen ihren wirtschaftlichen Einsatz in den Stadtteilen und über die Stadtgrenzen hinaus. Wir unterstützen die Nutzung von Solar-, (Tiefen-) Geothermie, Biogas und Flusswärmepumpen als technische Lösungen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wärmeversorgung in Mülheim an der Ruhr. Wir setzen die städtische Energie- und Wärmeberatung fort.

Darüber hinaus wollen wir die kommunale Wärmeplanung eng mit regionalen Ansätzen verzahnen und die Zusammenarbeit mit benachbarten Städten dort nutzen, wo sie sinnvoll ist. Genehmigungs- und Planungsverfahren für entsprechende Projekte begleiten wir konstruktiv, um innovative und klimafreundliche Lösungen für die Wärmeversorgung zügig umzusetzen. Wir prüfen die Reaktivierung und Umsetzung des Projektes „MHeat“ als Teil einer „Heat Region“.

Ausbau erneuerbarer Energien

Wir wollen das bislang ungenutzte Potenzial er-

neuerbarer Energien systematisch erschließen und bestehende Hemmnisse, insbesondere beim Netzanschluss, aktiv adressieren.

Öffentliche Gebäude müssen beim Ausbau erneuerbarer Energien Vorbild sein. Deshalb haben für uns energetische Sanierung, Effizienzsteigerung und die Senkung des Energieverbrauchs städtischer Liegenschaften hohe Priorität. Die Nutzung geeigneter Dachflächen für Photovoltaikanlagen bei städtischen Gebäuden werden wir systematisch prüfen. Insbesondere bei Dachsanierungen und Dachrenovierungen auf städtischen Gebäuden sowie bei Gebäuden kommunaler Gesellschaften soll die Installation von Photovoltaikanlagen künftig grundsätzlich als Standard geprüft werden und die Energiewende im Alltag einfacher, schneller und unbürokratischer gemacht werden.

Darüber hinaus denken wir insbesondere an Parkplätze, -häuser sowie Haltestellen.

Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit Photovoltaikanlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden ermöglicht werden können, sofern dies rechtlich im überragenden öffentlichen Interesse und technisch umsetzbar ist.

Des Weiteren setzen wir uns für eine stärkere kommunale Beteiligung an den Erträgen erneuerbarer Energien nach dem EEG ein. Wenn sich bei neuen Projekten entsprechende Möglichkeiten ergeben, prüfen wir, ob und in welcher Form sich die Kommune an solchen Projekten beteiligen kann.

Wir unterstützen die Installation von Solar-Balkonkraftwerken an Wohngebäuden durch vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir geben Orientierung bei Versicherungs- und Rechtsfragen.

Strategische Ladeinfrastruktur

Wir entwickeln eine strategische Ladeinfrastrukturplanung, die zentrale Ladeparks nach dem „Tankstellenprinzip“ in geeigneten Stadtteilen vorsieht.

Ziel ist eine effiziente, flächendeckende und zukunftsfähige Infrastruktur für die wachsende Elektromobilität. Mittelfristig soll das derzeitige Nebeneinander vieler einzelner Ladesäulen durch strategisch geplante Ladeinfrastruktur-Cluster er-

gänzt werden, um eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur zu schaffen.

3. KINDER, JUGEND UND FAMILIEN

Die Kooperationspartner verständigen sich auf gemeinsame Leitlinien für die zukünftige Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe. Grundlage bildet das Ziel eines gelingenden Aufwachsens für alle Kinder und Jugendlichen. Politische Entscheidungen sollen künftig systematisch auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden.

Leitbild „Gelingendes Aufwachsen“ und Kinder- und Jugendcheck.

Wir evaluieren und überarbeiten das Handlungskonzept „Gelingendes Aufwachsen“, um den Anteil von Kindern, die in Armut aufwachsen, deutlich zu reduzieren. Dieses überarbeitete Konzept wird handlungsleitend für alle jugendpolitischen Entscheidungen. Wir prüfen, welche finanziellen und personellen Ressourcen für die wirksame Umsetzung notwendig sind, und erweitern diese im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Wir unterstützen die Schaffung einer Stelle, die die Umsetzung des Handlungskonzepts systematisch vorantreibt. Die Datenbasis verbessern wir durch die Stärkung der Stabstelle für Sozialplanung und Statistik. Das Monitoringsystem entwickeln wir weiter, auch in Verbindung mit einem neu einzuführenden Kinder- und Jugend-Check, der im Rahmen der Verwaltungsvorlagen die Auswirkungen auf Bildungschancen und Teilhabe für Kinder und Jugendliche aufzeigt, um soziale Herkunft vom Bildungserfolg zu trennen.

Das ehemalige „Bündnis gegen Kinderarmut in Mülheim an der Ruhr“ soll als „Bündnis für gelingendes Aufwachsen in Mülheim an der Ruhr“ regelmäßig und öffentlich tagen. Außerdem überarbeiten wir den Masterplan „Spielen und Bewegen“ und entwickeln auf dessen Grundlage öffentliche Räume, Grünflächen und Quartiere bedarfsorientiert als zusätzliche Bewegungs- und Spielräume weiter, insbesondere in dicht besiedelten Wohngebieten, um niedrigschwellige Angebote für alle Generationen zu schaffen.

Prävention und Förderketten

Die Kooperationspartner sind sich einig, dass der Ausbau präventiver Strukturen ein vorrangiges

Ziel sein muss. Dies bedeutet die Frühen Hilfen zu stärken und die frühkindliche Bildung auszubauen. Ebenso soll die Schulsozialarbeit nachhaltig gesichert und nach Möglichkeit erweitert werden. Jugend-(sozial)arbeit, insbesondere im Kontext von Integration/Inklusion, soll gestärkt werden. Zukünftig wird verstärkt in durchgängigen Förderketten gedacht, um Brüche im Lebensverlauf zu vermeiden und Übergänge zwischen Lebensphasen verlässlich zu begleiten.

Hilfen zur Erziehung

Wir sichern den Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Hilfen zur Erziehung und entwickeln diese qualitativ sowie wirtschaftlich nachhaltig weiter. Dabei setzen wir konsequent auf Prävention vor Intervention: Frühkindliche Unterstützung, Familienbildung, aufsuchende Hilfen und sozialräumliche Angebote werden gezielt ausgebaut, um Belastungen früh zu stabilisieren und Eskalationen zu vermeiden.

Gleichzeitig stärken wir die Armutsprävention als zentralen Ansatz und verbessern die datengestützte, sozialräumliche Steuerung der Jugendhilfe. Besonders belastete Familien – insbesondere Alleinerziehende – unterstützen wir gezielt durch passgenaue Angebote und bessere Vereinbarkeit.

Durch die stärkere Verzahnung von Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit und Sozialraum sowie eine wirkungsorientierte Steuerung mit Vorrang ambulanter Hilfen schaffen wir ein integriertes Unterstützungssystem. So fördern wir gutes Aufwachsen, wirken sozialer Ungleichheit entgegen und stabilisieren langfristig die Kostenentwicklung.

Jugendbeteiligung und Jugendfonds

Zur Förderung jugendlicher Eigeninitiative wird ein projektbezogener Jugendfonds mit einem jährlichen Budget von zunächst 2.000 Euro angestrebt. Wir möchten junge Menschen stärker an politischen Prozessen beteiligen. Dazu sollen bestehende Beteiligungsstrukturen weiterentwickelt werden, insbesondere das Jugendbezirksforum. Darüber hinaus wird geprüft, inwieweit Jugendlichen eine weitergehende Partizipation in politischen Gremien ermöglicht werden kann.



Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung

Wir forcieren den bedarfsgerechten Ausbau der U3-Betreuungsplätze. Wir orientieren uns am Bedarf in den jeweiligen Stadtteilen unter Berücksichtigung des Sozialindex. Bereits 2026 identifizieren wir ausreichend Flächen für Kita-Neubauten, um den notwendigen Ausbau bis 2030 sicherzustellen. Bebauungsvorhaben mit Kita-Neubauten sollen Vorrang haben. Sobald finanzielle Spielräume bestehen, prüfen wir eine Reduzierung der Elternbeiträge über alle Beitragsstufen, eine Übernahme der Trägeranteile sowie die Übernahme der Kosten für die Mittagessen durch die Stadt. Zusätzlich prüfen wir die weitere Flexibilisierung und Ausweitung von Betreuungszeiten in den Randbereichen. Die Trägervielfalt wird als zentrales Element der Angebotsstruktur gesichert. Eine Anpassung der Trägeranteile wird geprüft, um die Vielfalt langfristig zu erhalten. Die praxisintegrierte Ausbildung von Erzieher*innen soll ausgebaut werden, insbesondere durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, auch innerhalb der Verwaltung.

Teilhabe und Freizeitangebote

Die Kooperationspartnerinnen sichern die dauerhafte Finanzierung von Ferienbetreuungsangeboten und Ferienspielen. Sport- und Spielmöglichkeiten werden ausgebaut und für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen geöffnet. Eine Öffnung von Schulhöfen wird angestrebt. Patenschaftsmodelle („Kümmerer“) sollen entwickelt werden, um ergänzende Unterstützungsstrukturen im Sozialraum zu schaffen.

Wir entwickeln verstärkt Schulhöfe und Spielplätze im Sinne des Masterplans „Spielen und Bewegen“ als wohnortnahe Bewegungsräume und schaffen – wo möglich – auch die Zugänglichkeit außerhalb der Schulzeiten. Bestehende Spielplätze werden bedarfsorientiert durch zusätzliche Sport- und Bewegungsangebote für verschiedene Altersgruppen ergänzt und qualitativ fortentwickelt.

Übergang Schule – Beruf und Hilfesysteme

Der Übergang von der Schule in den Beruf wird verbessert, insbesondere im Hinblick auf Schulabsentismus. Hierzu werden passgenaue Unter-

stützungsangebote entwickelt und bestehende Strukturen gestärkt. Erziehungs- und Familienberatungsstellen werden weiterhin verlässlich unterstützt.

Jugendkulturelle Angebote und aufsuchende Arbeit

Die Kooperationspartnerinnen erkennen den Bedarf an zusätzlichen Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen in der Innenstadt an und prüfen entsprechende Angebote, etwa in Form mobiler Konzepte wie eines Spielmobils. Außerdem überarbeiten wir den Masterplan „Spielen und Bewegen“ und schaffen weitere Bewegungs- und Spielflächen, insbesondere in dicht bebauten Wohngebieten und dort, wo viele Kinder und Jugendliche leben, wie beispielsweise der Innenstadt. Die aufsuchende Jugendarbeit wird gestärkt und um innovative Ansätze, beispielsweise im Bereich des Cyber-Streetwork, ergänzt.

Soziale Teilhabe

Wir prüfen die Einführung einer „Mülheimer Familienkarte“ zur Bündelung und diskriminierungsfreien Inanspruchnahme von Familienleistungen für alle Familien in Mülheim an der Ruhr als Instrument zur Förderung sozialer Teilhabe. Als Beispiel dient uns die Stadt Hamm mit der „YouCardHamm“.

Autonomes Zentrum

Wir werden die Förderung des „Autonome Zentrum Mülheim“ („AZ“) erhalten und frühzeitig eine tragfähige Lösung in Bezug auf das Gebäude erarbeiten.

Finanzpolitische Grundsätze

Einsparungen in der Kinder- und Jugendarbeit führen mittel- und langfristig zu höheren Folgekosten.

Entsprechende Kürzungen werden daher nicht angestrebt. Es wird vereinbart, bei einer verbesserten Haushaltslage den Ausbau personeller Ressourcen zu prüfen und Maßnahmen zur niedrigschwelligen Förderung eines gelingenden Aufwachsens weiter voranzubringen. Dies gilt sowohl für kostenfreie Angebote als auch für Angebote mit einem zumutbaren Eigenanteil.

4. BILDUNG, SCHULE, WEITERBILDUNG UND WISSENSCHAFT

Bildungspolitisch verfolgen wir gemeinsam das Ziel, die Fähigkeiten des Einzelnen optimal zu fördern. Im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten wollen wir diesem Grundziel auch in Mülheim an der Ruhr gerecht werden. Neben unseren Schulen bilden die Heinrich-Thöne-Volkshochschule, die Hochschule Ruhr West sowie die Max-Planck-Institute wichtige Bildungspfeiler. Auch die berufliche Bildung ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Mülheimer Schullandschaft, und wir wollen sie stärken.

Gute Bildung braucht gute Gebäude. Den von uns gemeinsam beschlossenen Bildungsentwicklungsplan setzen wir zügig und zielgerichtet um. Dadurch priorisieren wir den Schulausbau und die Schulsanierung und investieren zuerst dort, wo der Bedarf am größten ist. Wir berücksichtigen grundsätzlich den Sozialindex. Klassen-, Fachräume und Schultoiletten werden wir auf Grundlage der Prioritätenliste systematisch und zustandsabhängig modernisieren.

Schulpolitik

Die Umsetzung des Startchancenprogramms begleiten wir eng und steuern bei Bedarf nach. Nach Möglichkeit fördern wir die Schaffung zusätzlicher Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und in der Regionalen Schulberatungsstelle. Eine gute Sprachkompetenz ist für Kinder eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Schulstart. Deshalb unterstützen wir eine frühzeitig ansetzende Sprachdiagnostik und Sprachförderung.

Wir prüfen eine Pool-Lösung für den Einsatz von „I-Helfern“, die dauerhafte Absicherung der Bereitstellung von Menstruationsartikeln an Schulen sowie die Antragsstellung bei erneuter Auflegung eines Förderprogramms des Landes oder anderer Ebenen für die Entwicklung von Schulhöfen zu lebendigen, grünen Oasen mit hoher Aufenthaltsqualität. Wir prüfen zudem die Ausweitung des Konzeptes der Klassenassistenz an Grundschulen im Rahmen der Landesförderung („Integrationspauschale“) beginnend an den Grundschulen mit einem hohen Sozialindex sowie die Unterstützung von Grundschulen bei den Angeboten der Bewegungsförderung durch eine Koordinierungsstelle. Darüber hinaus prüfen wir die Erhöhung der Rei-

nigungsfrequenz der Schultoiletten und Klassenräume und unterstützen kreative Lösungen zur Einhaltung und Wiederherstellung der Sauberkeit in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Schulgemeinschaften. Wir erteilen einen Prüfauftrag zur personellen Ausstattung der Schulsekretariate, bei der wir insbesondere die Anpassung des Stellenschlüssels bei Schulen im Ganztags und mit hohem Sozialindex in den Blick nehmen.

Wir stehen zum Beschluss des Erweiterungsbaus der Willy-Brandt-Schule. Sollte es eine neue rechtliche Sachlage geben, treffen wir eine Entscheidung im besten Interesse und Einvernehmen mit der Schulgemeinschaft.

Offene Ganztagschule und Verlässliche Grundschule

Wir stellen den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz sicher, ohne die Betreuungsqualität abzubauen. Die Verlässliche Grundschule wollen wir zunächst bedarfsgerecht erhalten. Wir prüfen eine bedarfsgerechte Anpassung der Elternbeiträge. Sobald finanzielle Spielräume bestehen, prüfen wir die Reduzierung der Elternbeiträge und die Übernahme der Kosten für die Mittagessen durch die Stadt. Außerdem forcieren wir die Vernetzung von OGS-Angeboten mit Vereinen und kulturellen Einrichtungen. Kinderhortplätze erhalten wir, solange sie nachgefragt und vom Land NRW refinanziert werden. Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt und einen Ausbau des Angebots der Familiengrundschulzentren ein.

Medien und digitale Teilhabe

Den Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie die flächendeckende Bereitstellung digitaler Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler sowie des Lehrpersonals bringen wir schnellstmöglich zum Abschluss. Wir sind davon überzeugt, dass es perspektivisch gelingen muss, einheitliche Endgeräte an allen Mülheimer Schulen vorzuhalten. Zusätzlich regen wir an, dass verbindliche Mindeststandards im Umgang mit digitalen Endgeräten und Medien entwickelt werden und binden die Schulgemeinden dabei ein. Wir wollen, dass die Medienziehung in den Schulen seitens der Stadt fortgesetzt und gestärkt wird.



Hochschule Ruhr West und Heinrich-Thöne-Volkshochschule

Wir wollen weiterhin die Hochschule Ruhr West durch vielfältige Kooperationen im Leben unserer Stadt verankern und mit der Schul- und Bildungslandschaft eng vernetzen. Es gilt, den Hochschulstandort Mülheim an der Ruhr bei der Gründung von An-Instituten gezielt zu unterstützen. Auch in Zukunft werden wir die Mülheimer Max-Planck-Institute in ihrer wichtigen Arbeit positiv begleiten. Für uns steht außer Frage, das Angebot der Heinrich-Thöne-Volkshochschule bedarfsgerecht zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir starten einen Ideenwettbewerb mit Öffentlichkeitsbeteiligung für die künftige Nutzung des Heinrich-Thöne-Gebäudes an der Bergstraße. Die Verwaltung beruft ein Gremium zur Zukunft des Gebäudes an der Bergstraße unter Beteiligung der Fachämter, der „Initiative zum Erhalt der VHS an der Bergstraße“, der Fraktionen im Rat der Stadt und der Bezirksvertretung 3 sowie weiteren Sachverständigen und Interessierten ein. Der Rat der Stadt beschließt über die Zusammensetzung, Zuständigkeit und Arbeitsweise. In den folgenden zwölf Monaten ab Beschluss des Stadtrates erarbeitet die Verwaltung mit dem einzuberufenden Gremium ein Konzept zur multimodalen Nutzung als Bürgerzentrum für Bildung und Kultur. Mittel zur Sanierung des Daches werden aus dem sog. „Feuerwehrtopf“ bereitgestellt, sobald dies unausweichlich ist. Wir wollen jedoch eine Dachsanierung vor Abschluss einer künftigen Entscheidung über die Zukunft des Gebäudes vermeiden. Sollte bis 24 Monate nach Einberufung des Gremiums zur Zukunft des Heinrich-Thöne-VHS-Gebäudes an der Bergstraße keine finanzierbare Nutzung des Gebäudes mit VHS-Betrieb beschlossen werden können, bei der private, EU-, Bundes-, Landes- und LVR-Mittel den Großteil der Gesamtkosten tragen, führen wir unmittelbar danach einen Ratsbürgerentscheid über Erhalt oder Abriss des Gebäudes an der Bergstraße durch. Der Ratsbürgerentscheid wird im Vorfeld mit einem klaren Finanzierungskonzept verbunden (Grundsteuererhöhung, Verschiebung in der Prioritätenliste).

Demokratieförderung

Wir unterstützen und fördern Projekte zur Stärkung der Demokratie an den Schulen unserer Stadt. Wir verstetigen das Budget der Bezirkschüler*innenvertretung in Höhe von 5.000 € jährlich

und passen dieses gegebenenfalls im weiteren Verlauf an.

5. FINANZEN, IMMOBILIEN UND PERSONAL-ENTWICKLUNG

Wir fühlen uns auch weiterhin den Zielen der Haushaltskonsolidierung, sparsamen Haushaltsbewirtschaftung und des ausgeglichenen Haushalts verpflichtet. Dies umfasst auch die Einhaltung der bereits beschlossenen Haushalts-sicherungsmaßnahmen. Ebenso stehen die in diesem Kooperationspapier aufgelisteten Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt. Das Aufgabenkritikverfahren in der Verwaltung werden wir konsequent betreiben und Einsparungen durch Leistungsanpassungen sowie Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung und den Einsatz von KI generieren. Ein Schwerpunkt liegt darauf, die Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung zu reduzieren. Die interkommunale Zusammenarbeit wollen wir stärken und dadurch Synergiegewinne heben. Wir erwarten von Bund und Land, dass sie bei der Übertragung von Aufgaben das Konnexitätsprinzip beachten und wir erwarten, dass der Bund seinen Teil zur Altschuldenlösung für die Kommunen trägt. Wir werden den Austausch mit den Mülheimer Vertretern in Land, Bund und Europa intensivieren mit dem Ziel, die Fördermittelakquise zu optimieren.

Finanzen

Der Doppelhaushalt 2026 und 2027 stellt uns vor besondere Herausforderungen. Wir tragen dem Rechnung, indem wir folgenden Maßnahmen umsetzen:

Wir vermeiden etwa Zweidrittel der ursprünglichen Erhöhung und passen die Grundsteuer B auf 990 Punkte an, sodass wir hierdurch Mehreinnahmen von ca. 4,9 Mio. € (statt 13,5 Mio. €) erzielen werden. Das ursprünglich angepeilte Ziel, über die Grundsteuer B dasselbe Steueraufkommen wie vor der Grundsteuerreform zu erzielen, wird zunächst aufgegeben.

Gleichzeitig führen wir einen „Härtefallfonds Wohnen“ ein, der Menschen unterstützt, die aufgrund der Anpassung der Grundsteuer in Wohnungsnot geraten.

Wir führen die Grundsteuer C auf unbebaute

Grundstücke ein. Wir werden diese so ausgestalten, dass kooperative Flächenentwickler und Investoren keine Mehrbelastungen zu befürchten haben.

Wir werden Mehreinnahmen von mindestens 2,0 Mio. € über die Anpassung von Bagatellsteuern (Aufwandsteuern) erzielen. Hierzu führen wir eine Bettensteuer in Höhe von 5% auf den Übernachtungspreis ein.

Wir prüfen die Einführung einer Verpackungssteuer unter Berücksichtigung der Satzungen in Köln und Düsseldorf. Wir forcieren die LED-Umrüstung, insbesondere von Lichtsignalanlagen. Wir prüfen die Einführung einer Pferdesteuer.

Wir sparen weitere mindestens 1,0 Mio. € jährlich über Zinsentlastungen durch die zu erwartende Altschuldenübernahme durch den Bund. Wir prüfen die Anpassungen von Gebühren, beispielsweise Parkgebühren. Wir wollen die Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung reduzieren.

Wir werden für den Doppelhaushalt 2026/2027 das Instrument des Globalen Minderaufwands anwenden, um die verbliebene Lücke zum Haushaltsausgleich zu schließen. Wir rechnen mit bis zu 5,6 Mio. € jährlich, wobei wir min. 2,5 Mio. € durch weitere Konsolidierungen innerhalb der Verwaltung einsparen wollen und die verbliebene Summe kreditfinanzieren.

Sobald eine endgültige rechtliche Entscheidung zur Differenzierung des Grundsteuerhebesatzes getroffen wurde und diese eine Differenzierung nach Wohn- und Nicht-Wohngebäude zulässt, werden wir diese Möglichkeit anwenden und den Hebesatz für Wohngebäude möglichst wieder unterhalb des heutigen Hebesatzes von 890 Punkten senken. Wir fordern weiterhin die Landesregierung auf, alternativ, wie in anderen Bundesländern, für eine Differenzierung der Messzahl Sorge zu tragen, um das gegenwärtige Grundsteuerproblem schnellstmöglich zu lösen.

Sollten finanzielle Spielräume durch geringere Ausgaben oder Mehreinnahmen entstehen, werden diese für eine Reduzierung des Hebesatzes der Grundsteuer B (für Wohngebäude) sowie zur Reduzierung von Elternbeiträgen bei Kita und OGS genutzt. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer bleibt stabil.

Die Höhe der Parkgebühren werden wir zukünftig an der Entwicklung der Preise im VRR orientieren. Wir beauftragen die Verwaltung, die Leerstände von Immobilien (Wohnen und Gewerbe) zu prüfen und geeignete Maßnahmen zur Sanktionierung von Leerständen vorzuschlagen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass durch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse eine messbare Digitalisierungsrendite erzielt wird. Wir etablieren ein zentrales Fördermittelmanagement, welches mit einem dezernatsscharfen Fördermittelcontrolling einhergeht. Die Dezernate tragen weiterhin die inhaltliche Verantwortung für die Akquise von Drittmitteln.

Die überaus dynamische Entwicklung der Ausgaben im Sozialbereich erfordert ein aktives Management. Das umfasst ein besseres Controlling und eine Optimierung der Verwaltungsprozesse. Der Zuschussbedarf aus dem kommunalen Kernhaushalt für den ÖPNV ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Es gilt, die Zuschüsse in die Beteiligungsholding zu begrenzen. Wir unterstützen daher das Management der Ruhrbahn bei ihren Anstrengungen, die Kosten zu senken und die Effizienz des Unternehmens zu erhöhen. Darüber hinaus gilt es, das ÖPNV-Angebot datenbasiert an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten. Auch von den übrigen Beteiligungen mit Zuschussbedarf erwarten wir entsprechende Maßnahmen zur Senkung des Zuschussbedarfs.

Wir wollen das Sondervermögen vor allem für Investitionen in Kitas, Schulen, die Straßeninfrastruktur (insbesondere Brücken), den Bevölkerungsschutz und bezahlbares Wohnen nutzen. Die Mittel sind möglichst so zu investieren, dass ein Return on Investment entsteht und sie konsumtive Wirkung entfalten. Darum werden wir in den Jahren 2026, 2027 und 2028 jeweils eine Millionen Euro aus dem Sondervermögen in die Umrüstung auf LED-Technik im Stadtgebiet nutzen. Dabei achten wir darauf, dass die Mittel entweder für zusätzliche Maßnahmen eingesetzt werden oder besonders dringliche Vorhaben, die bislang in der Prioritätenliste stehen, deutlich beschleunigt werden. Bei Investitionen im Bildungsbereich berücksichtigen wir den Sozialindex als Orientierung. Wir prüfen außerdem, Teile des Sondervermögens über die neu zu schaffende Stadtentwicklungsgesellschaft zu investieren. Einen nennenswerten Anteil, jedoch mindestens 20%, wollen wir für Klimaschutz-, Klimaanpassungs- und Krisenvorsorgemaßnahmen verwenden.

Immobilien & Flächenmanagement

Unser Ziel ist es, die Verwaltungsstandorte für Mitarbeiter und Bürger freundlicher, digitaler, moderner und sicherer zu gestalten. Daher unterstützen wir die Verwaltung bei der Entwicklung des ehemaligen AOK-Gebäudes zu einem modernen Bürgeramt. Zugleich ist dem demographischen Wandel in der Verwaltung durch eine personalorientierte Flächenentwicklung Rechnung zu tragen. Dies umfasst auch die zügige Abmietung nicht mehr benötigter Flächen. Auch im Bereich der Unterkünfte für Geflüchtete gilt es, Überkapazitäten bei sinkendem Bedarf abzubauen.

Den städtischen Bauhof wollen wir grundlegend sanieren oder an anderer Stelle neu einrichten.

Der beschlossene Bildungsentwicklungsplan ist für uns die verbindliche Grundlage für Flächen- und Investitionsentscheidungen im Bereich der Schulen. Klassenräume werden wir auf Grundlage der Prioritätenliste systematisch und zustandsabhängig modernisieren.

Personal

Durch den demographischen Wandel stehen wir vor der großen Herausforderung, auch künftig ausreichend qualifiziertes Personal für unsere Stadtverwaltung zu gewinnen. Zugleich wird es angesichts eines spürbar schrumpfenden Arbeitskräfteangebots darum gehen, unsere Aufgaben mit weniger Mitarbeitenden verlässlich zu erfüllen, weshalb wir konsequent auf Digitalisierung und den verantwortungsvollen Einsatz von KI setzen, um Verfahren zu vereinfachen, Effizienzpotenziale zu heben und personelle Ressourcen gezielt dort einzusetzen, wo sie für unsere Stadt am dringendsten gebraucht werden. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass wir attraktive, verlässliche und wertschätzende Arbeitsbedingungen schaffen und weiterentwickeln, um unser Personal zu stärken und langfristig zu binden. Zeitnah werden wir den Stellenplan aufgabenorientiert überarbeiten.

6. ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES

Wir verstehen Arbeit, Gesundheit und soziale Sicherheit als zentrale Grundlagen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Lebensqualität in unserer Stadt. Aufbauend auf den Ergebnissen der Kooperationsverhandlungen ver-

folgen wir das gemeinsame Ziel, Mülheim an der Ruhr sozial gerecht, wirtschaftlich stark und zukunftsfest zu gestalten. Dabei verbinden wir wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Verantwortung und richten unser Handeln konsequent an den Lebensrealitäten der Menschen aus.

Sozialpolitische Herausforderungen lassen sich heute nicht mehr isoliert betrachten. Sie entstehen im Zusammenspiel von Lebenslagen, Bildungsbiografien, Erwerbssituationen und gesundheitlichen Bedingungen. Deshalb setzen wir auf eine integrierte Sozialpolitik, die über Zuständigkeitsgrenzen hinweg wirkt, frühzeitig unterstützt und die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ziel ist es, Teilhabechancen zu verbessern, soziale Ungleichheiten abzubauen und Hilfesysteme wirksam, zugänglich und nachhaltig zu gestalten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf präventiven Ansätzen, die frühzeitig ansetzen, individuelle Ressourcen stärken und langfristig sowohl soziale als auch finanzielle Stabilität sichern. Gleichzeitig bauen wir auf verlässliche soziale Infrastrukturen und eine datengestützte Steuerung, um politische Entscheidungen zielgerichtet und transparent treffen zu können.

Präventive Sozialpolitik

Wir richten die kommunale Strategie zielgerichtet präventiv aus. Verbindliche Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe, Schule, Gesundheitswesen, Jobcenter und Integrationsarbeit werden weiter ausgebaut. Ziel ist es, Unterstützungsangebote frühzeitig zugänglich zu machen, insbesondere für Alleinerziehende und besonders belastete Familien. Sozialräumliche und niedrigschwellige Angebote stärken das gelingende Aufwachsen und tragen dazu bei, kostenintensive spätere Maßnahmen zu vermeiden. Tariftreue und faire Arbeitsbedingungen

Wir setzen uns für die Einführung verbindlicher Tariftreue- und Mitbestimmungskriterien bei kommunalen Vergaben ein. Dabei nutzen wir die neuen bundesrechtlichen Möglichkeiten und berücksichtigen künftige landesrechtliche Regelungen. Bestehende Modelle – etwa aus Oberhausen – werden geprüft, um eine rechtssichere und wirksame Umsetzung zu gewährleisten. Ziel ist es, faire Arbeitsbedingungen zu sichern und Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen zu verhindern.

Kommunale Steuerung der Arbeitsmarktintegration

Wir stärken die kommunale Steuerung der Arbeitsförderung in der Optionskommune, deren strategische Zielsetzungen und gezielter Mittlereinsatz konsequent kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen unterliegen. Eingliederungsmittel werden gezielt eingesetzt, insbesondere für junge Menschen unter 25 Jahren sowie für Menschen ohne Berufsabschluss. Das Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wird konsequent umgesetzt und durch kommunale Programme zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung ergänzt.

Stärkung arbeitsmarktpolitischer Träger

Arbeitsmarktpolitische Einrichtungen sind ein entscheidender Bestandteil der kommunalen sozialen Infrastruktur und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt. Die dauerhafte institutionelle Förderung ihrer Träger, insbesondere auch des Mülheimer Arbeitslosenzentrums, werden wir sichern.

Sprachförderung und Fachkräftegewinnung

Wir bauen die kommunalen Sprachförderangebote bedarfsgerecht aus und stärken die institutionelle Förderung entsprechender Träger. Um die Integrationskette stabil zu halten, steuern wir die Integrations- und Sprachpolitik ämterübergreifend und nutzen unsere Handlungsspielräume als Optionskommune aktiv aus. Sprachkompetenz ist ein entscheidender Schlüssel für Integration, Qualifizierung und Fachkräftegewinnung.

Gewaltschutz und Unterstützung für Frauen

Wir sichern die verlässliche Finanzierung und Weiterentwicklung bestehender Gewaltschutzstrukturen. Dazu gehören insbesondere das Frauenhaus, die Frauenberatungsstelle sowie ergänzende Hilfsangebote, um Betroffenen Schutz, Beratung und Perspektiven zu bieten.

Pflege und gesundheitliche Versorgung

Die Stadt Mülheim an der Ruhr steht – wie viele Kommunen in Deutschland – vor großen demografischen Herausforderungen. Der Anteil älterer Menschen in unserer Stadt wächst kontinuierlich.

Damit wird die Frage nach guter Pflege, würdevoller Betreuung und verlässlichen Unterstützungsstrukturen für pflegebedürftige Menschen zu einer der zentralen sozialen Aufgaben der kommenden Jahre.

Wir treiben den bedarfsgerechten Ausbau ambulanter und stationärer Pflegeangebote voran und schließen Versorgungslücken, insbesondere im Bereich seelischer und gerontopsychiatrischer Erkrankungen. Die Kommunale Konferenz für Alter und Pflege wird politisch erweitert.

Die Kooperationspartnerinnen bekennen sich ausdrücklich zu den Mülheimer Seniorendiensten und ihrer wichtigen Arbeit für die Menschen in unserer Stadt. In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Einrichtungen weiterzuentwickeln, zu modernisieren und auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen. Die Seniorendienste sind ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und leisten einen bedeutenden Beitrag für Lebensqualität, Würde und Teilhabe.

Unser Ziel ist es, die Einrichtungen und Angebote der Mülheimer Seniorendienste langfristig zu sichern, ihre Qualität zu stärken und sie bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Bereitschaft zu prüfen, wie das bestehende Portfolio an Leistungen und Unterstützungsangeboten erweitert werden kann, um auf neue Bedarfe einer älter werdenden Stadtgesellschaft und pflegebedürftiger Menschen zu reagieren.

Wir sehen es als unsere Verantwortung, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass auch in Zukunft eine hochwertige, menschliche und verlässliche Versorgung pflegebedürftiger Menschen in Mülheim an der Ruhr gewährleistet ist.

Hierzu zählt zudem auch die Stärkung ambulanter Dienste für die Haus- und Familienpflege, um älteren Menschen auch die Möglichkeit eines längeren Verbleibes in ihrem Zuhause zu gewährleisten. Zudem stärken wir tagespflegerische Angebote, um pflegende Angehörige zu entlasten. Darüber hinaus benötigen wir ein bedarfsgerechtes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen.



Sozialraumorientierte Gesundheitsförderung und seelische Gesundheit

Wir entwickeln ein integriertes, sozialraumorientiertes Konzept der Gesundheitsprävention. Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung der seelischen Gesundheit insbesondere von Kindern und Jugendlichen durch frühzeitige Unterstützung, niedrigschwellige Beratungsangebote sowie eine deutliche Verbesserung des Zugangs zu ambulanter, teilstationärer und stationärer psychologischer und psychotherapeutischer Versorgung.

Medizinisches Versorgungszentrum

Wir prüfen die Einrichtung eines kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums zur Sicherstellung einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung. Dabei beziehen wir gezielt Förderprogramme des Landes ein, um die Umsetzung finanziell zu unterstützen.

Digitalisierung des Amtes für Gesundheit und Hygiene

Das Amt für Gesundheit und Hygiene wird schnellstmöglich vollständig digitalisiert. Ziel ist eine moderne, effiziente und bürgernahe Gesundheitsverwaltung, die schnellere Verfahren, bessere Erreichbarkeit und eine höhere Servicequalität gewährleistet.

Gemeindepsychiatrischer Verbund

Wir bereiten die Etablierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes vor und stellen uns frühzeitig auf entsprechende landesrechtliche Vorgaben ein. Ziel ist es, bestehende Angebote besser zu vernetzen, Versorgungslücken zu schließen und eine koordinierte, bedarfsgerechte Unterstützung für Menschen mit seelischen Erkrankungen sicherzustellen.

Integrierte Strategie im Umgang mit legalen und illegalen Drogen

Wir entwickeln eine abgestimmte Gesamtstrategie zum Umgang mit dem Konsum von legalen und illegalen Drogen im Stadtgebiet, die ordnungspolitische Erfordernisse mit Maßnahmen der Prävention, Beratung und Unterstützung integriert.

Ziel ist es, den Drogenkonsum zu senken und ins-

besondere in innerstädtischen Bereichen gezielt zu lenken, die öffentliche Sicherheit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern und gleichzeitig betroffene Menschen wirksam zu erreichen, zu unterstützen und zu schützen.

Hierzu gehört auch, fachlich begleitete, niedrigschwellige sowie geschützte Aufenthalts- und Versorgungsangebote weiterzuentwickeln. Ergänzend stärken wir präventive Maßnahmen und setzen ordnungspolitische Instrumente konsequent ein.

Zur Umsetzung dieser Gesamtstrategie prüfen wir systematisch Förderprogramme und Regelfinanzierungen von Bund und Land und nutzen diese, wo immer möglich, zur Unterstützung der kommunalen Maßnahmen. Dies beinhaltet auch Maßnahmen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention.

Wir setzen die bestehende Lachgasverordnung mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen konsequent durch.

Einführung eines „Silbertickets“

Wir stärken die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen durch die Einführung eines „Silbertickets“. Ziel ist es, vorhandene Angebote besser zugänglich zu machen, sie übersichtlich zusammenzuführen und gezielt weiterzuentwickeln. Dabei arbeiten wir eng mit dem Seniorenrat zusammen, um die Bedarfe älterer Menschen systematisch zu berücksichtigen.

Das „Silberticket“ soll den Zugang zu kommunalen Angeboten erleichtern. Dazu zählen insbesondere Sport-, Kultur- und Freizeitangebote sowie weitere städtische Einrichtungen und Veranstaltungen. Hierzu sollen bereits vorhandene Ermäßigungen systematisch erfasst und gebündelt werden und geprüft werden, an welchen Stellen das Angebot von Vergünstigungen gezielt ausgebaut werden kann. Auf diese Weise fördern wir die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und schaffen Anreize für Begegnung und Engagement im Alter.

Mit dem „Silberticket“ leisten wir zugleich einen Beitrag zur Prävention von Einsamkeit im Alter und sozialer Isolation. Unser Ziel ist es, älteren Menschen eine selbstbestimmte, aktive und gut vernetzte Teilhabe in unserer Stadt zu ermöglichen.

Fortsetzung der „Mülheimer Lotsen“

Die „Mülheimer Lotsen“ werden als aufsuchendes Unterstützungsangebot verstetigt und weiterentwickelt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, Menschen frühzeitig zu erreichen, Orientierung zu geben und den Zugang zu sozialen Hilfen zu erleichtern.

Masterplan Demografie

Wir erarbeiten einen umfassenden Masterplan Demografie mit quartiersbezogenen Maßnahmenprogrammen. Ziel ist es, frühzeitig auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren, bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen zu sichern.

Kosten der Unterkunft

Wir fordern weiterhin, eine stärkere Beteiligung von Landes- und Bundesregierung an den Kosten der Unterkunft.

Wir behalten den „Klimabonus“ bei der Berechnung von Unterkunftskosten im Rahmen des „Schlüssigen Konzeptes“ für die Mietobergrenzen im Rahmen von Leistungen nach SGB II und SGB XII bei.

Wohnungslosigkeit und Gefährdetenwohnhilfe

Wohnungslose Menschen sind im sozialen Gefüge unserer Stadt eine besonders vulnerable Gruppe. Nicht wenige von ihnen zählen inzwischen zur „alternden Gesellschaft“ und bringen neben dem Älterwerden weitere individuelle Problemlagen mit. Mülheim an der Ruhr kann stolz auf die gelingende Zusammenarbeit von Diakonischem Werk und der Stadt in der Gefährdetenwohnhilfe sein, mit der wir auch diesen Menschen mit Würde und Respekt begegnen. Diese Zusammenarbeit – unter anderem an der Kanalstraße und der Eltener Straße – hat sich bewährt und bildet eine wichtige Grundlage für eine verlässliche Unterstützung.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur, insbesondere mit Blick auf die zunehmenden pflegerischen und gerontopsychiatrischen Herausforderungen dieser Gruppe. Ziel ist es, auch künftig passgenaue, würdevolle und

verlässliche Angebote für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen sicherzustellen.

Strategische Steuerung durch Planung und Statistik

Zur Verbesserung der politischen Steuerungsfähigkeit entwickeln wir die bisherige Stabsstelle Sozialplanung und Statistik zu einer zentralen, fachbereichsübergreifenden Einheit weiter. Perspektivisch wird diese Struktur zu einem eigenständigen Amt ausgebaut, das als Grundlage für datenbasierte Entscheidungen in der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Finanzpolitik dient und integrierte Planungsprozesse nachhaltig stärkt.

7. SPORT

Sport ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und ein unverzichtbares Fundament unserer Stadtgesellschaft. Wir verstehen Sport als Motor für Gesundheit, Bildung, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglichen allen Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebensphase – einen gleichberechtigten Zugang zu Bewegung und Sport.

Dabei fördern wir lebenslange Bewegungsmöglichkeiten für alle Generationen, stärken die Sportvereine als tragende Säule des gesellschaftlichen Lebens und sichern die notwendigen Sport- und Bewegungsräume dauerhaft. Sport ist für uns ein zentraler Beitrag zu sozialer Teilhabe, Chancengerechtigkeit und einem aktiven, gesunden Leben in Mülheim.

Für die CDU und die SPD Mülheim an der Ruhr bedeutet das im Einzelnen:

Sportinfrastruktur

Wir schaffen eine moderne, nachhaltige und bedarfsgerechte Sportinfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die dem Vereins-, Schul- sowie dem Breiten- und Freizeitsport verlässlich zur Verfügung steht.

Notwendige Sportanlagen bereitzustellen, zu sanieren, zu pflegen und auszubauen. Bei gleichen Voraussetzungen wird die Sanierung bestehender Sportstätten priorisiert. Aufgrund der vielen



notwendigen Sanierungsmaßnahmen sind diese möglichst zu priorisieren, ohne den Neubau mit eventuellen Fördermitteln zu vernachlässigen.

Wir fordern die Einführung eines transparenten und digitalen Hallenvergabesystems. Danach wird eine umfassende Bedarfs- und Auslastungsanalyse der Turn- und Sporthallen durchgeführt. Dabei werden auch die Kapazitäten der neuen Halle des HTC Uhlenhorst sowie der geplanten Dreifachsporthalle an der Luisenschule berücksichtigt.

Wir sorgen für eine schnelle Umsetzung der „Bezirkssportanlage Mintarder Straße“ inkl. einer Kunststofflaufbahn, 3-fach Sporthalle der Luisenschule und der Skate- und Pumptrackanlage Mintarder Straße.

Wir wollen mittelfristig neben den bereits existierenden Schwimmbädern ein weiteres Schwimmbad auf der linken Ruhrseite errichten und treiben die hierzu begonnenen ersten Planungsschritte zur Realisierung des Projektes voran. Hierzu wollen wir ein tragfähiges Finanzierungskonzept mit Mitteln des Landes und/oder des Bundes erarbeiten. Dabei ist zu prüfen, welche Mehrkosten durch eine 50m Bahn statt einer 25m Bahn entstehen und welche Kosten für ein wettkampfgerechtes 50-Meter-Becken nach gültigen Standards für optimale Bedingungen für Schul-, Vereins- und Leistungssport sowie zur Durchführung regionaler und überregionaler Wettkämpfe notwendig sind.

Das aktuell im Bau befindliche Schwimmbad an der Yorckstraße in Mülheim-Heißen trägt künftig den Namen „Heißener Bad – Friedrich Wennmann“. Dies wird entsprechend gekennzeichnet.

Wir setzen das Projekt der Einrichtung einer gesamten beleuchteten Laufstrecke im Rahmen der IGA 2027 um.

Wir entwickeln Sport- und Bewegungsflächen für Trendsportarten wie Outdoor-Fitness bedarfsorientiert und standortbezogen weiter. Vorrang haben dabei die Auswertung der beschlossenen Anlage an der Saarer Kuppe und die möglichen Anlagen in der Stadtmitte sowie im Hundsbuschviertel. Weitere Angebote werden auf Grundlage konkreter Bedarfsanalysen und unter Berücksichtigung nachhaltiger Nutzungskonzepte geschaffen. Dabei wird auf isolierte Einzelmaßnahmen ohne Einbindung in ein Gesamtkonzept und ohne

langfristige Betreuung verzichtet. Wir unterstützen lokale American Footballvereine bei dem Bau einer trainingspezifischen Anlage.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Mountainbike- und Dirtbikestrecken. Geeignete Standorte werden unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes geprüft und in Abstimmung mit den betroffenen Akteuren entwickelt, um eine naturverträgliche und nachhaltige Nutzung zu ermöglichen. Wir erhalten die Wassersportmöglichkeiten auf der Ruhr.

Wir berücksichtigen konsequent die Barrierefreiheit bei Planung, Bau und Sanierung aller Sportstätten, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Sport für alle Menschen zu ermöglichen.

Wir streben die Schaffung eines zusätzlichen Kunstrasenplatzes im Mülheimer Norden (Dümpfen oder Styrum) sowie auf Grundlage einer Bedarfs- und Auslastungsanalyse der Turn- und Sporthallen zusätzliche Hallenkapazitäten an geeigneten Standorten bei festgestelltem Bedarf mit Fördermitteln und Sponsoren an.

Vereinsförderung und Sportstruktur

Wir stärken die Sportvereine als unverzichtbare Säule des gesellschaftlichen Lebens, fördern das Ehrenamt nachhaltig und entwickeln gemeinsam mit dem Mülheimer Sportbund und Mülheimer Sport Service verlässliche und zukunftsfähige Strukturen. Dabei verbessern wir die Rahmenbedingungen für den Breiten-, Nachwuchs- und Leistungssport, entlasten die Vereine gezielt und steuern die Sportentwicklung transparent und bedarfsgerecht.

Wir stärken das Zusammenwirken von Stadtverwaltung, Schulen und Mülheimer Sportbund. Wir stärken den Mülheimer Sportbund als starken Partner weiterhin verlässlich und setzen den Kooperationsvertrag zwischen dem Mülheimer Sportbund und der Stadt fort.

Wir unterstützen weiterhin den Leistungssport, Nachwuchssportlerinnen und -sportler sowie Talentstützpunkte und Kaderförderprogramme.

Wir entlasten die Sportvereine gezielt durch Vereinfachung von Verwaltungsverfahren unter Berücksichtigung digitaler Lösungen.

Wir etablieren zur Stärkung der Sportvereine ein zentrales Fördermittelscouting durch Mülheimer Sportbund und Mülheimer Sport Service, das Vereine bei der Identifikation und Beantragung von Fördermitteln unterstützt.

Wir bauen die Unterstützung und Wertschätzung von Übungsleitern sowie Ehrenamtlichen im Sport weiter aus.

Wir halten die Nutzungsgebühren für Vereine niedrig, um den Zugang zum Sport zu sichern und das ehrenamtliche Engagement zu stärken.

Wir stärken die Unterstützung der Sportvereine bei der Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten für die Prävention sexualisierter Gewalt und gegen Gewalt im Sport.

Wir prüfen die Förderung von E-Sports in unserer Stadt und unterstützen entsprechende Vereine und Initiativen.

Sportentwicklungsplanung und strategische Steuerung

Wir gestalten die Sportentwicklung in Mülheim strategisch, transparent und zukunftsorientiert, indem wir den Zugang zu Sportflächen verbessern, moderne digitale Steuerungsinstrumente einsetzen und die Sportentwicklungsplanung als ein Steuerungsinstrument für Infrastruktur- und Investitionsentscheidungen systematisch weiterentwickeln.

Wir setzen den Sportentwicklungsplan weiter um und lassen diesen wissenschaftlich fundiert fort-schreiben.

Wir führen zur systematischen Steuerung der Sportinfrastruktur ein regelmäßiges Sportstätten-Monitoring ein, das den Zustand, die Auslastung und Sanierungsbedarfe erfasst und als Grundlage für zukünftige Investitionsentscheidungen dient.

Zur gezielten Weiterentwicklung der Infrastruktur wird eine Bedarfs- und Auslastungsanalyse insbesondere für Basketball- und Bolzplätze durchgeführt und die Ergebnisse in die Sportentwicklungsplanung aufgenommen, um vorhandene Flächen zu sichern, aufzuwerten und bei nachgewiesenem Bedarf bedarfsgerecht auszubauen.

Wir prüfen die Einführung eines transparenten und digitalen Vergabe- und Monitoringverfahrens

für Sportstätten, um eine faire, nachvollziehbare und effiziente Vergabe von Hallen- und Platzzeiten sicherzustellen. Ziel ist es, die Nutzung der vorhandenen Sportinfrastruktur optimal auszuschöpfen, Vereinen einen unbürokratischen Zugang zu ermöglichen und gleichzeitig eine verlässliche Datengrundlage für zukünftige Planungs- und Investitionsentscheidungen zu schaffen. Dieses kann zu einem zentralen Steuerungsinstrument der Sportentwicklungsplanung weiterentwickelt werden, um Kapazitäten effizient zu nutzen und Bedarfe künftig fundiert zu ermitteln.

Wir prüfen auf Grundlage des transparenten Hallenregisters zusätzliche öffentliche Nutzungsfenster und Mehrfachnutzungen von Sport- und Bewegungsflächen wie am Beispiel der Open Sundays und schöpfen - wo sinnvoll - die vorhandenen Kapazitäten besser aus.

Breiten-, Gesundheits- und Freizeitsport

Wir fördern den Breiten-, Gesundheits- und Freizeitsport als wichtigen Bestandteil eines aktiven und gesunden Lebens und schaffen wohnortnahe, niedrigschwellige Bewegungsangebote für alle Generationen.

Wir fördern und unterstützen Trendsportarten.

Wir stärken weiterhin das erfolgreiche Programm ‚Sport im Park‘ und bauen dieses bedarfsgerecht aus, um zusätzliche niedrigschwellige Bewegungsangebote im öffentlichen Raum zu schaffen.

Kinder-, Jugend- und Schulsport

Wir stärken den Kinder-, Jugend- und Schulsport als Grundlage für Gesundheit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir unterstützen Sportangebote in Kita und Schule. Wir begrüßen einen Ausbau der Bewegungsförderung vor der Kita.

Wir stellen sicher, dass Kinder spätestens bis zum 12. Lebensjahr sicher schwimmen können; Ein sicherer Schwimmer kann die Anforderungen des DSA Silber erfüllen. Auf dem Weg dahin sollte mit der Übergangszeit zwischen Grundschulzeit und weiterführender Schule die Anforderung des DSA Bronze erfüllt werden. Wir nehmen hierbei Rücksicht auf den Schulschwimmpass NRW. Wir

begrüßen das Sponsoring von Mülheimer Firmen und Stiftungen.

Wir führen das erfolgreiche Programm der Sportscheine von der Kita bis zur Grundschule fort. Wünschenswert ist die Digitalisierung dieses Verfahrens.

Bei Schulneubauten und größeren Schulsanierungen wird die Integration von Sport- und Bewegungsflächen frühzeitig beachtet.

8. BAUEN, WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG

Im Bereich Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung verfolgen wir das Ziel, Mülheim an der Ruhr sozial ausgewogen, klimagerecht und mit hoher Lebensqualität weiterzuentwickeln. Wir setzen auf eine Stadtentwicklung, die die Bedarfe in allen Stadtteilen im Blick behält, das Nord-Süd-Gefälle ernst nimmt und gute Wohn- und Lebensverhältnisse in der ganzen Stadt sichert. Außenbereiche sollen so weit wie möglich unbebaut bleiben. Vorrang haben die Entwicklung im Bestand, die Nachverdichtung, die Aufstockung und die Aktivierung bereits erschlossener Flächen. Ein- und Zweifamilienhäuser bleiben Teil eines ausgewogenen Wohnangebots. Zugleich braucht Mülheim mehr Geschosswohnungsbau für unterschiedliche Einkommensgruppen. Zusätzliche Flächenversiegelung begrenzen wir auf das notwendige Maß. Wo immer möglich, setzen wir auf Entsiegelung, natürliche Versickerung, Hochwasserschutz und die Entlastung des Kanalnetzes.

Stadtentwicklungsgesellschaft und kommunale Steuerung

Wir beschleunigen die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft und machen sie zu einem zentralen Instrument einer aktiven kommunalen Stadtentwicklungspolitik. Details zu ihrer Ausgestaltung klären wir im ersten Halbjahr 2026. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Innenstadt, auf großen Stadtentwicklungsflächen und auf dem konsequenten Umgang mit Problemimmobilien. Sie soll strategisch entwickeln, Flächen sichern, Projekte beschleunigen und dort handlungsfähig werden, wo der Markt allein keine geordnete Entwicklung gewährleistet. Wir schöpfen rechtliche Möglichkeiten aus, um Problemimmobilien anzukaufen, zu sichern, zu sanieren und einer geordneten Nutzung zuzuführen. Zugleich prüfen wir eine tragfähige finanzielle Ausstattung. Dazu gehören Haushaltsmittel, Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz, Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, weitere Vermögensbausteine sowie die Einwerbung privaten Kapitals.

Die Innenstadt ist ein Schwerpunkt der Stadtentwicklung in den kommenden Jahren. Wir investieren gezielt in ihre Erneuerung und prüfen die Einführung einer Sanierungssatzung. Leerstände gehen wir mit einem aktiven Leerstandsmanagement an. Wir fördern Pop-up-Stores, kreative Einzelhandelsideen sowie kulturelle und soziale Nutzungskonzepte. Besonderes Gewicht legen wir auf die Sanierung von Problemimmobilien. Zugleich stärken wir die Aufenthaltsqualität. Ein Lichtkonzept gegen Angsträume, neue Grünflächen auch durch Entsiegelung, Spielangebote, eine erneuerte Weihnachtsbeleuchtung und eine stärkere Beispielung der Innenstadt sollen dazu beitragen, die Innenstadt sauberer, sicherer und einladender zu machen. Die MST stärken wir dabei in ihrer Rolle als Veranstalterin. Die öffentliche Nutzung von Innenhöfen prüfen wir dort, wo sie städtebaulich sinnvoll und praktisch umsetzbar ist.

Innenstadt und Quartiere

Auch die Stadtteile wollen wir gezielt stärken. Quartiersentwicklung heißt für uns, Wohnen, Nahversorgung, Aufenthaltsqualität, Sicherheit, Mobilität und soziale Infrastruktur zusammenzudenken. Das gilt besonders für Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf. Wir prüfen daher die Ausweisung weiterer Sanierungsgebiete, etwa in der Innenstadt oder in Eppinghofen. Beim Bund setzen wir uns für eine Neuauflage des Hof- und Fassadenprogramms mit Perspektive für das gesamte Stadtgebiet ein. Insbesondere in den nördlichen Stadtteilen setzen wir zudem auf Begrünung und Entsiegelung. Unser Ziel ist eine Stadtteilentwicklung, die nah an den Menschen ist und die Lebensqualität vor Ort spürbar verbessert. Städtebauliche Negativtrends wollen wir umkehren.

Wohnungsbauoffensive und bezahlbares Wohnen

Wir starten eine Wohnungsbauoffensive mit klarem Schwerpunkt auf bezahlbarem Wohnen in Mülheim und zünden den Bauturbo. Die Flächenreserven ohne Baulücken aus dem Handlungskonzept Wohnen mobilisieren wir schnellstmöglich



und schaffen Baurecht mit den Möglichkeiten des „Bauturbo“-Gesetzes. Ergänzend erarbeiten wir ein Konzept zur Identifizierung und Aktivierung von Baulücken sowie ein Nachverdichtungskonzept, damit Innenentwicklung städtebaulich sinnvoll, sozial verträglich und klimagerecht erfolgt. Landschafts- und Naturschutzgebiete schützen wir dabei konsequent. Wir stellen sicher, dass die notwendigen Flächen zur Bebauung mit neuen Wohneinheiten zur Verfügung stehen. Dabei decken wir so viel wie möglich durch Umbau und Entwicklung im Bestand. Zudem erarbeiten wir ein Konzept, das konsequent die erforderlichen Flächen für den Bau weiterer Wohneinheiten in den nächsten Jahren sicherstellt. Landschafts- und Naturschutzgebiete schützen wir dabei konsequent.

Wir sichern ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot für unterschiedliche Lebenslagen und Einkommensgruppen. Deshalb fördern wir modernes, inklusives, barrierefreies, seniorenrechtliches und generationengerechtes Wohnen. Wir schaffen Wohnraum für Auszubildende, etwa durch die Einrichtung eines Azubiwohnheims. Zugleich setzen wir uns für eine Neuauflage des 100-Häuser-Programms ein, um jungen Familien Wohneigentum zu erleichtern. Eigentumsbildung und bezahlbares Mieten stehen für uns nicht im Gegensatz. Beides gehört zu einer sozialen Wohnungspolitik, die Sicherheit gibt und Perspektiven schafft.

Bei städtischen Flächenverkäufen entscheiden wir grundsätzlich nach Konzeptvergabe und nicht nach Höchstpreis. Mit Investoren vereinbaren wir frühzeitig verbindliche Beiträge zu preisgebundenem und preisgedämpftem Wohnraum und legen klare Zielmarken fest. Grundsätzlich soll ab 20 Wohneinheiten eine Quote von mindestens 30% öffentlich-gefördertem Wohnraum gelten. Wo es möglich ist, verlängern wir Preisbindungen im Bestand. Zudem weiten wir über die Stadtentwicklungsgesellschaft den kommunalen Zwischenerwerb aus. Außerdem beschleunigen wir die Verfahren aus dem aktuellen Wohnungsbaukonzept und setzen sie zügig um. Das Bündnis für Wohnen setzen wir neu auf und entwickeln es zu einem verlässlichen Forum für Wohnungsbau, Mieterinteressen, Investitionen und soziale Verantwortung. Gegenüber Land und Bund setzen wir uns für mehr Mittel für den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau ein.

Strategische Entwicklungsflächen und Zukunftsstandorte

Für große Entwicklungsflächen brauchen wir klare Ziele und verlässliche Entscheidungen. Das gilt besonders für die Parkstadt Mülheim. Hier treffen wir im ersten Halbjahr 2026 eine Entscheidung mit dem Investor Soravia über die Fortführung und Umsetzung der weiteren Planung. Für uns ist klar, dass die Entwicklung Wasser- und Grünflächen, preisgedämpfte und preisgebundene Wohnungen sowie eine Bebauung vorsehen muss, die sich in Höhe, Dichte und Nutzung in die Umgebung einfügt. Wir werden verhindern, dass Flächen über Jahre brachliegen und zu Spekulationszwecken missbraucht werden. Dafür nutzen wir die vorhandenen Instrumente konsequent, insbesondere die Vorkaufssatzung, die Grundsteuer C und bei Bedarf die Möglichkeiten der Stadtentwicklungsgesellschaft. Hochwertige Quartierskonzepte wie auf dem Wissoll-Gelände müssen einen klaren Mehrwert für die Stadt schaffen.

Ordnung, Problemimmobilien und Vergnügungsstätten

Wir setzen auf eine Stadtentwicklung, die Sanierung vor Abriss stellt. Eigentum verpflichtet. Mieterinnen und Mieter wie auch Eigentümerinnen und Eigentümer haben Rechte und Pflichten, die einzuhalten sind. Problemimmobilien gehen wir konsequent an, stärken die ordnungsrechtlichen und städtebaulichen Instrumente und schaffen klare Zuständigkeiten.

Fehlentwicklungen bei Vergnügungsstätten wollen wir wirksam begrenzen. Dazu erarbeiten wir ein Vergnügungsstättenkonzept. Ziel ist eine klare ordnungs-, aber auch planungsrechtliche Steuerung von Spielhallen, Wettbüros und ähnlichen städtebaulich nachteiligen Nutzungen. Weitere Standorte in Zentren und anderen städtebaulich integrierten Lagen sollen auf dieser Grundlage grundsätzlich ausgeschlossen werden. Bestehende Trading Down-Effekt wollen wir langfristig beseitigen.

Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz wollen wir vor allem für Investitionen in Kitas, Schulen, Straßen und Brücken, den Bevölke-

rungsschutz und bezahlbares Wohnen nutzen. Die Mittel sollen entweder zusätzliche Maßnahmen finanzieren oder besonders dringliche Vorhaben deutlich beschleunigen. Wir prüfen außerdem, Teile des Sondervermögens über die Stadtentwicklungsgesellschaft zu investieren, um Projekte schneller und wirksamer umzusetzen.

9. BÜRGERANGELEGENHEITEN, BEVÖLKERUNGSSCHUTZ, SICHERHEIT UND ORDNUNG

Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sichern Lebensqualität und Vertrauen in unserer Stadt. Entscheidend sind klare Zuständigkeiten, effiziente Abläufe und die verlässliche Durchsetzung von Regeln im Alltag. Wir setzen auf eine Politik, die konsequent handelt und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Dafür braucht es gezielte Investitionen in Personal, eine leistungsfähige Verwaltung und mehr Präsenz im öffentlichen Raum. Mülheim soll verlässlich funktionieren und für alle spürbar sicherer werden.

Netzwerk für Sicherheit & Ordnung

Zur Stärkung der Handlungsfähigkeit wird ein interdisziplinäres Eingreifteam aus Ordnungsamt, Polizei und Fachämtern eingerichtet. Es prüft schnell und unkompliziert Verdachtsfälle – etwa bei Sozialleistungsmissbrauch, Gewerbeverstößen oder problematischen Immobilien. Das Team greift dort ein, wo einzelne Fachämter an ihre Grenzen stoßen. So werden Verwaltung und Kontrolle wirksamer, das Rechtsempfinden gestärkt und die Ämter entlastet. Ein Fokus liegt zudem auf besserem Datenaustausch mit anderen Kommunen, sowie einer engen Zusammenarbeit mit Polizei, Zoll, Finanzämtern und anderen Partnern in sicherheitsrelevanten Bereichen, um Missbrauch gezielt zu bekämpfen. Dabei evaluieren wir auch erneut die Teilnahme am Programm „Missimo“ zur Bekämpfung des organisierten Kindergeld- und Sozialleistungsmissbrauchs.

Wir richten einen Kriminalpräventiven Rat ein, bestehend aus Polizei, Staatsanwaltschaft und Stadtverwaltung. Dieser trifft sich regelmäßig, um Kriminalitätsphänomene frühzeitig zu erkennen und vorzubeugen.

Mehr Sicherheit vor Ort

Wir wollen den Kommunalen Ordnungsdienst

aufstocken. Zusätzlich wird die Bußgeldstelle gestärkt, damit sie ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen kann. Insbesondere hier sollen die Potentiale von Digitalisierung und Automatisierung intensiver genutzt werden. Weiterhin sollen neue Mitarbeitende so ausgebildet werden, dass sie flexibel in den verschiedenen Arbeitsfeldern des Ordnungsamts eingesetzt werden können. Im Rahmen eines Beleuchtungskonzeptes Innenstadt, welches den Bereich rund um den Hauptbahnhof, den Kurt-Schumacher-Platz und die Innenstadt einschließt, werden wir Angsträume beseitigen. Wir führen an Problem-Containerstandorten rechtssicher Videoüberwachungsmaßnahmen ein und stellen die ordnungsrechtliche Behandlung bei Verstößen sicher. Die rechtlichen Möglichkeiten für intelligente Videoüberwachungen schöpfen wir unter Berücksichtigung der Evaluation des Mannheimer Modells im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten voll aus. Zusätzlich unterstützen wir private Initiativen zur Einrichtung von Videoüberwachungsstationen an Kriminalitäts- und Vermüllungsschwerpunkten. Wir setzen das Projekt „Stadtsauberkeit aus einer Hand“ vor Ort fort und evaluieren seinen Erfolg. Die „Mülldetektive“ evaluieren wir im Hinblick auf ihre Effektivität und die Durchsetzungsfähigkeit von Ordnungsmaßnahmen und entscheiden 2026 über eine Fortsetzung. Wir lehnen die Verpflichtung zur haushaltsnahen Papiertonne („blaue Tonne“) ab.

Spielplätze sind sauber, sicher und kinderfreundlich zu halten. Verunreinigungen sind zügig zu beseitigen und Rauch- sowie Alkoholverbote konsequent durchzusetzen. Zugleich sind Sicherheits- und Ordnungsaspekte bereits in der Planung von Spielplätzen präventiv zu berücksichtigen.

Die Stadtwache wird strategisch weiterentwickelt. Ziel ist eine sichtbare, verlässliche sowie lage- und schwerpunktorientierte Präsenz des Kommunalen Ordnungsdienstes, verstärkt auch in den Abendstunden. Damit soll das Sicherheitsgefühl gestärkt und ordnungsrechtliche Handlungsfähigkeit im öffentlichen Raum konsequent wahrnehmbar gemacht werden.

Beim Umgang mit Stadtauben und Ratten setzen wir auf klare, praxistaugliche und tierschutzgerechte Strategien. Für Tauben setzen wir dabei das „Augsburger Modell“ weiterhin um, für Ratten orientieren wir uns an wirksamen Verfahren wie

z. B. am „Konzept zur Bekämpfung einer Rattenplage“ in Leverkusen.

Wir schaffen eine zentrale Anlaufstelle für den Umgang mit Schadnagern. Dazu setzen wir uns für eine ämterübergreifende Koordinierung in der Stadtverwaltung ein, die das Monitoring und den Einsatz von Köderboxen - in Absprache mit der Stadtentwässerungsgesellschaft – steuert.

Ordnungsschwerpunkt Innenstadt

Zur Verbesserung der Sicherheitslage werden gezielte Kontrollschwerpunkte in Bereichen mit wiederkehrenden Nutzungskonflikten, etwa durch Drogen- oder Trinker Szenen, gesetzt. Regelmäßige Kontrollen und konsequente Maßnahmen bei Ordnungsverstößen sollen die öffentliche Ordnung stärken. Zusätzlich werden bauliche Anpassungen wie verbesserte Beleuchtung, Aufenthaltsflächengestaltung und Barrierefreiheit umgesetzt, um Konfliktsituationen zu reduzieren. Gleichzeitig wird ordnungsrechtliches Vorgehen mit sozialer Begleitung kombiniert, um Konflikte zu reduzieren und Hilfsangebote einzubeziehen.

Sicherer Schulweg und besseres Parken in den Quartieren

Zur Verbesserung der Schulwegsicherheit und der Verkehrssituation in den Quartieren werden Geschwindigkeitskontrollen gezielt im Umfeld von Schulen, Kitas und sensiblen Wohngebieten eingesetzt. Halt- und Parkverstöße werden verstärkt kontrolliert, insbesondere durch sogenannte „Elterntaxis“ und in den Wohnquartieren, um ein geordnetes Parken für Anwohnerinnen und Anwohner zu gewährleisten.

Die Verlängerung der Parkausweise für z. B. Handwerksbetriebe und Pflegedienste soll künftig auf Antrag nicht nur für ein Jahr, sondern für bis zu drei Jahre möglich sein. Voraussetzung dafür ist, dass keine Unzuverlässigkeit der Antragsteller vorliegt. So reduzieren wir effektiv den Bürokratieaufwand für Bürger und Verwaltung.

Bürgeramt 2030 – modern, kommunikativ, bürgernah

Wir begleiten die von uns beschlossene Einführung des Bürgerkoffers. Dieser soll künftig auch in den Stadtteilen eingesetzt werden – beispielsweise

auf Wochenmärkten – um einen dezentralen und niedrigschwelligen Zugang zu Verwaltungsleistungen zu ermöglichen. Zudem stellen wir finanzielle Mittel für den geplanten Umzug des Bürgeramtes in den Haushalt ein.

Unser Ziel ist eine bürgerfreundliche Verwaltung, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Dazu gehören insbesondere Prozessoptimierungen, etwa durch die Einrichtung von Dokumentenabholboxen, offene Sprechstunden, sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung der Online-Angebote.

Rettungsinfrastruktur und Bevölkerungsschutz stärken

Wir setzen uns für den Bau einer Rettungswache und eines Gerätehauses für die freiwillige Feuerwehr im Mülheimer Süden ein. Wir stärken den Bevölkerungsschutz durch bessere Krisenvorsorge bei extremen Wetterlagen, flächendeckende Notfallpläne und eine enge Zusammenarbeit mit Feuerwehr, THW und weiteren Hilfsorganisationen.

Wir beabsichtigen die Einrichtung einer Stabsstelle „Krisenprävention und -management“.

Verantwortungsvoller Tierschutz

Wir wollen unserer Verantwortung für Tiere gerecht werden und setzen uns für die Sanierung des Tierheims ein. Ziel ist ein tierschutzgerechtes, zukunftsfähiges und wirtschaftliches Angebot. Dabei arbeiten wir eng und konstruktiv mit dem Mülheimer Tierschutzverein zusammen. Wir unterstützen die Tiertafel. Wir prüfen den Abruf von Fördermitteln des Landes zur Kastration streunender Katzen.

Faire Wettbewerbsbedingungen für Taxi und Mietwagen (Uber)

Wir schaffen faire und transparente Wettbewerbsbedingungen zwischen Taxi- und Ride-Hailing-Angeboten, die die Interessen aller berücksichtigen, gute Arbeitsbedingungen sichern und ein verlässliches Mobilitätsangebot gewährleisten.

10. KLIMA, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT UNSER PLAN FÜR EIN WIDERSTANDSFÄHIGES UND LEBENSWERTES MÜLHEIM

Klima-, Umwelt- und Artenschutz gehören für uns zur kommunalen Daseinsvorsorge. Sie entscheiden darüber, ob Mülheim auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt für Familien, Kinder, ältere Menschen und kommende Generationen bleibt. Deshalb verbinden wir ökologische Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Vernunft und einer Politik, die nicht nur Ziele formuliert, sondern diese auch Schritt für Schritt umsetzt. Für viele Menschen ist das zugleich eine Frage der Bewahrung der Schöpfung. Unser Anspruch ist ein verbindlicher Plan, der Klimaschutz, Klimaanpassung, Umweltpolitik und Landwirtschaft zusammendenkt. Der nachfolgende Plan definiert die strategische Ausrichtung und die konkreten Maßnahmen der Stadt Mülheim an der Ruhr für den Zeitraum 2025 bis 2030 im Bereich Klima, Umwelt und Landwirtschaft. Ziel ist es, die Stadt treibhausgasneutral zu machen, die Resilienz gegenüber den Folgen der Klimakrise zu stärken und die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu sichern. Unsere Vereinbarung soll einen Beitrag dazu leisten, Polarisierungen beim Thema Klimaschutz abzubauen. Uns ist klar: Klimaschutz soll versöhnen und nicht spalten.

Wir unterstützen die stärkere Vernetzung der Stadt Mülheim an der Ruhr auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Wir prüfen die Mitgliedschaft in Städtenetzwerken, die einen sinnvollen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten können, etwa im Netzwerk „Klimapositiver Städte und Gemeinden“.

Klimaschutz als verbindliche Querschnittsaufgabe

Klimaschutz muss in Mülheim bei allen wichtigen Entscheidungen mitgedacht werden. Verwaltung, Politik und kommunale Unternehmen müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, damit aus guten Absichten wirksame Maßnahmen werden.

Verwaltungsvorlagen, insbesondere mit finanziellen Auswirkungen, werden weiterhin einer Klimawirkungsprüfung unterzogen. Dieses soll zu einem wirksamen Tool mit überprüfbaren, ergebnisorientierten Verfahren weiterentwickelt werden.

Wir schreiben die Stabsstelle Klimaschutz und Klimaanpassung personell, organisatorisch und finanziell fest. Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns zentrale Querschnittsaufgaben der Verwaltung und müssen entsprechend verbindlich in allen Prozessen verankert werden. Eine zentrale Aufgabe der Stabsstelle soll künftig auch darin bestehen, Förder- und Projektmittel für Klima- und Anpassungsmaßnahmen professionell einzuwerben, um zusätzliche finanzielle Spielräume für die Stadt zu schaffen. Die zentrale Anlaufstelle „#klima.an.der.ruhr“ mit ihren Beratungs- und Sprechstunden sowie das „KlimaRadar“ als Instrument für Transparenz und Fortschrittskontrolle wollen wir datengestützt ausbauen. Zugleich wollen wir die Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Wirtschaft, Wohlfahrtsverbänden, Zivilgesellschaft und Nachbarkommunen ausbauen. Die Rolle des Klimaschutzbeirats wollen wir überprüfen und stärker auf Wirksamkeit, Beratung und Prioritätensetzung ausrichten.

Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen haben für uns stets eine soziale Dimension. Wir lassen gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen prüfen, ob das sog. Hausgeräte-Controlling eine Möglichkeit wäre, Haushalten mit geringem Einkommen effiziente Geräte erschwinglich zu machen.

Integriertes Klimaschutzkonzept: Kurs halten!

Mit dem integrierten Klimaschutzkonzept hat sich die Stadt Mülheim an der Ruhr auf den Weg gemacht, das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2035 zu erreichen. Wir bekennen uns zu diesem Ziel, welches für uns Voraussetzung für Innovation, Fördermittel, Standortstärke und Lebensqualität in unserer Stadt ist. Doch wir sagen offen: Auch aufgrund des rechtlichen Rahmens, mit dem wir aus Berlin, Düsseldorf und Brüssel konfrontiert werden, ist eine vollständige Zielerreichung nach heutigem Stand nicht realistisch. Daher werden wir die Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts kritisch auf Wirksamkeit prüfen, priorisieren und zielorientiert umsetzen. Fortschritte wollen wir transparent messen und regelmäßig veröffentlichen. Unser Ziel ist es, die notwendigen städtischen Hebel zu nutzen, um bis 2035 eine treibhausgasneutrale Verwaltung zu etablieren und den kommunalen Einfluss auf die Sektoren Wärme, Strom und Mobilität zu nutzen. Einmal jährlich soll die Verwaltung ausführlich

und öffentlich berichten, wie die Umsetzung von Maßnahmen voranschreitet. Hierzu berechnet sie jeweils das zu erwartende Jahr der Klimaneutralität der Stadt mit den bisherigen Maßnahmen.

Das von der Stadt ausgegebene Ziel der Klimaneutralität 2035 ist nach objektiven Analysen mit den derzeitigen Maßnahmen nicht erreichbar. Wir lassen daher das integrierte Klimaschutzkonzept überprüfen und setzen gemeinsam mit den Akteuren im Bereich des Umwelt-, Arten- und Klimaschutzes sowie den Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaft und Wissenschaft einen sozialverträglichen und realistischen Fahrplan zur Klimaneutralität auf und setzen diesen dann auch um.

Wir nehmen weiter Tempo bei der Umsetzung von Maßnahmen auf. Dabei wollen wir alle gesellschaftlichen Akteure zum Mitmachen animieren. Klimaschutz und Klimaanpassung kann nur gemeinsam gelingen. Daher werden wir prüfen, wie die Stadt, ihre Institutionen und die politischen Gremien besser über ihre Aktivitäten kommunizieren können und wie wir von „best practice“-Beispielen der Klimakommunikation profitieren können.

Wir erwarten, dass Bund und Land dauerhaft und planbar unsere Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen mitfinanzieren. Dabei geht es vor allem um die Umsetzung der im verpflichtenden integrierten Klimaschutzkonzept vorgesehenen Maßnahmen. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind faktisch politisch verpflichtende Aufgaben, die für uns nur unter der Voraussetzung einer auskömmlichen Finanzierung zu gestalten sind.

Wir orientieren uns an den Handlungsfeldern und Leitzielen des städtischen Klimaschutzkonzepts. Dazu gehört die Zielerreichung der Klimaziele im Verkehrssektor, die Installation von Photovoltaik- und Windenergieanlagen, höhere Sanierungsquoten im Gebäudebestand und der Ausbau klimafreundlicher Heiztechnologien sowie von Fern- und Nahwärme.

Wir prüfen die Einführung des Klimatalers als niedrigschwelliges Instrument, um klimafreundliches Verhalten sichtbarer und interessanter zu machen. So kann Klimaschutz im Alltag erlebbar gemacht werden.

Sondervermögen klug für Klimaschutz, Anpassung und Vorsorge einsetzen

Einen nennenswerten Anteil des Sondervermögens, jedoch mindestens 20 Prozent, werden wir für Klimaschutz-, Klimaanpassungs- und Krisenvorsorgemaßnahmen verwenden.

Bei Investitionen aus dem Sondervermögen in Klimaschutz-, Klimaanpassungs- und Krisenvorsorgemaßnahmen betrachten wir insbesondere die Folgekosten, investieren mit Priorität in Effizienzsteigerungen, etwa die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften, Kostenminderungen, etwa durch Wärmedämmung, und die Vermeidung von volkswirtschaftlichen Schäden, etwa Hochwasserschutz. Wir berücksichtigen die soziale Ungleichheit von Klimafolgen in den Quartieren. Dabei nutzen wir den „Klimaatlas“ des LANUK und die Klimakarten des Regionalverbandes Ruhr und berücksichtigen die veröffentlichten Daten bei unserem Investitionsprogramm.

Deshalb priorisieren wir Maßnahmen, die dauerhaft wirken und mehrfachen Nutzen stiften: energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, moderne Gebäudetechnik, Modernisierung des städtischen Fuhrparks und der Fahrzeuge städtischer Beteiligungen mit klimaverträglichen Antriebstechnologien, Hitzeschutz, Hochwasser- und Starkregenvorsorge, Schutz kritischer Infrastruktur und eine klimaresiliente Stadtentwicklung. Gerade in dicht bebauten und sozial benachteiligten Quartieren treffen Hitze, Versiegelung und Umweltbelastungen die Menschen besonders hart. Das muss sich in den Prioritäten unseres Plans widerspiegeln.

Mülheim gegen Hitze, Starkregen und Hochwasser wappnen – Wasserakteure zusammenbringen

Klimapolitik entscheidet sich nicht nur an Emissionszahlen, sondern auch daran, wie gut wir die Menschen vor den Folgen der Klimakrise schützen. Mülheim braucht deshalb mehr Vorsorge, mehr Schutz und mehr Tempo bei der Klimaanpassung, die wir in der gleichen Intensität wie Klimaschutz voranbringen wollen.

Aus dem bestehenden Klimaanpassungskonzept heraus entwickeln wir einen Hitzeaktionsplan und stellen die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung. Dabei legen wir einen Schwerpunkt auf den Schutz vulnerabler

Gruppen, insbesondere älterer Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, Schwangeren, Kindern und Jugendlichen, und prüfen unterstützende Maßnahmen wie die Installation und den Betrieb von Trinkwasserbrunnen, Wassernebelsystemen, öffentlichen UV-Anzeigen und die Einrichtung eines „Hitze-Telefons“. Der Hitzeaktionsplan muss unter Einbeziehung aller relevanten Akteure entwickelt und umgesetzt werden, darunter Gesundheitsamt, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeeinrichtungen, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Pflege- und Sozialdienste, Kitas und Schulen. Die Stadt Mülheim an der Ruhr koordiniert dies im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz. Ergänzend setzen wir auf barrierefreie und zielgruppengerechte Aufklärung, den kostenlosen Zugang zu Trinkwasser in möglichst vielen öffentlichen Gebäuden und auf konkrete Hilfsangebote in Hitzeperioden. Wir richten die Klimafolgenanpassung künftig noch stärker anhand sozialer Kriterien aus. Für uns bedeutet das: Wir priorisieren Hitzeschutz, Entsiegelung, Verschattung, Begrünung und soziale Infrastruktur zuerst dort, wo Hitzebelastung, hohe Verwundbarkeit und soziale Benachteiligung zusammenkommen.

Die Folgen von Hitze, Trockenheit und Starkregen machen deutlich, dass Mülheim an der Ruhr seine Stadtentwicklung konsequent klimaangepasst ausrichten muss. Deshalb wollen wir das Prinzip der Schwammstadt künftig stärker in Bauleitplanung, Straßenraumgestaltung und Stadtumbau verankern. Dazu gehören insbesondere Entsiegelung, bessere Versickerung und Speicherung von Regenwasser, Retentionsflächen, Dach- und Fassadenbegrünung, Zisternen, mehr Verschattung sowie hitzemindernde Oberflächen. Ziel ist es, Überflutungsrisiken zu senken, das Stadtklima zu verbessern und öffentliche Räume auch an heißen Tagen nutzbar zu halten. Gute lokale Beispiele sollen dabei systematisch ausgewertet und für weitere Projekte nutzbar gemacht werden. Starkregengefahrenkarten, Beratung für Eigentümerinnen und Eigentümer, aktualisierte Alarm- und Meldekettensowie ein besserer Schutz kritischer Infrastruktur gehören für uns ebenfalls dazu. Ein regelmäßiger Runder Tisch mit den relevanten Wasserakteuren soll Hochwasser- und Versorgungssicherheit in Zeiten der Klimakrise verbessern. Wir orientieren uns an den Empfehlungen der Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ des Landtags NRW und bauen das Profil

der „Wasserstadt“ Mülheim an der Ruhr mit ihrem wissenschaftlichen Schwerpunkt aus. Wir werden die zeitliche Notwendigkeit und Finanzierung der Sanierung des Ruhrdeichs zwischen Saarn und Mintard prüfen und frühzeitig die notwendigen Entscheidungen treffen.

Gleichzeitig wollen wir Hitzefallen in der Stadt gezielt entschärfen. Grünflächen, Parks, Wasserflächen und Frischluftschneisen müssen geschützt, erhalten und ausgebaut werden. Die Begrünung urbaner Räume, gerade auch in dicht bebauten Bereichen, verbessert Klima, Gesundheit und Aufenthaltsqualität gleichermaßen. Wir werden geeignete Standorte für „Pocket Parks“ identifizieren und anlegen.

Boden schützen, Flächenverbrauch begrenzen, Entsiegelung voranbringen

Boden ist keine nachwachsende Ressource. Wer Klima schützen, Wasser besser halten und Artenvielfalt erhalten will, muss mit Fläche verantwortungsvoll umgehen. Wir setzen auf Flächenrecycling, die konsequente Nutzung von Brachflächen, grüne Bauweisen und die Berücksichtigung von Klima- und Umweltkriterien bei Bauvorhaben. Innenraumverdichtung kann sinnvoll sein, sie darf aber nicht auf Kosten von Frischluftschneisen, Freiflächen, Artenvielfalt und Klimaresilienz gehen. Wo Flächen bereits versiegelt sind, wollen wir Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung und ökologische Aufwertung fördern. Auch der Rückbau nicht mehr benötigter versiegelter Flächen gehört für uns dazu.

Sauberkeit, Ordnung und Umweltpolitik zusammendenken

Eine saubere Stadt ist kein Nebenthema. Sie ist Ausdruck von Lebensqualität, Respekt vor dem öffentlichen Raum und funktionierender kommunaler Ordnung. Deshalb verbinden wir Stadtsauberkeit mit Umweltpolitik, Ressourcenschutz und verlässlicher Durchsetzung des Rechts.

Wir führen an Problem-Containerstandorten Videoüberwachungsmaßnahmen ein und stellen die ordnungsrechtliche Behandlung bei Verstößen sicher.

Wir setzen das Projekt „Stadtsauberkeit aus einer Hand“ vor Ort fort und evaluieren seinen Erfolg.



Die „Mülldetektive“ evaluieren wir im Hinblick auf ihre Effektivität und die Durchsetzungsfähigkeit von Ordnungsmaßnahmen und entscheiden 2026 über eine Fortsetzung. Wir lehnen die Verpflichtung zur haushaltsnahen Papiertonne, der „blauen Tonne“, ab. Statt Zwang setzen wir auf praktikable Lösungen und Akzeptanz. Deshalb unterstützen wir die freiwillige haushaltsnahe Papiertonne durch geeignete Werbe- und Informationsmaßnahmen.

Darüber hinaus wollen wir Sauberkeit als gemeinsame Aufgabe systematischer organisieren. Wir setzen auf bessere Abstimmung zwischen den zuständigen Ämtern, städtischen Gesellschaften und ordnungsrechtlichen Stellen. Vermüllung und illegale Müllablagerungen bekämpfen wir mit einem Mix aus Aufklärung, guter Infrastruktur und konsequenter Durchsetzung. Wir werden vermehrt die Kontrollen der Abfallwirtschaftssatzung umsetzen. Zugleich wollen wir die Abfallwirtschaftssatzung überprüfen, um klarer zu konkretisieren, wann welche Ordnungsmaßnahmen angewandt werden können. Außerdem setzen wir uns für eine stärkere Durchsetzung der Gewerbeabfallverordnung ein. Dafür prüfen wir die weitere personelle Verstärkung der zuständigen Umweltbehörde.

Kreislaufwirtschaft stärken, Ressourcen schonen, Mehrweg fördern

Klimaschutz endet nicht bei CO₂. Wer Ressourcen schont, Abfälle vermeidet und Produkte länger nutzt, schützt Umwelt und Klima zugleich. Deshalb wollen wir in Mülheim die Kreislaufwirtschaft stärken und stärker als bisher als kommunale Zukunftsaufgabe begreifen.

Gleichzeitig wollen wir lokale Kreislaufwirtschaft durch Mehrweg, Reparatur, Wiederverwendung und bewussten Konsum stärken. Wir stärken die Maßnahmen zur Umsetzung der „Charta Faire Metropole Ruhr 2030“ und begleiten engmaschig die Steuerungsgruppe mit allen gesellschaftlichen Akteuren. Dabei wollen wir ein Büro für die „Lokale Agenda 2030“ etablieren, die verstärkt beworben wird. Wir prüfen, ob der Standort in den Räumlichkeiten von „#klima.an.der.ruhr“ die gewünschte Wirkmächtigkeit erzielt oder der Standort für eine bessere Erreichbarkeit geändert werden muss. Repair-Cafés, Unverpackt-Angebote, Mehrwegstrukturen und das Recht auf Reparatur sind für

uns keine Randthemen, sondern Bausteine einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Wir unterstützen die Umsetzung des „Rechts auf Reparatur“.

Den „Preis für Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit“ werden wir beibehalten, um den Aspekt Kreislaufwirtschaft erweitern und stärker bewerben. Zudem wollen wir eine Ausweitung des Preisgeldes prüfen. So würdigen wir nicht nur klassische Umweltprojekte, sondern auch innovative Ideen zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Ressourcenschonung. Wir unterstützen Vereine aktiv bei der Bewerbung für „Umweltschecks“ des Landes NRW. Wir unterstützen die Zertifizierung lokaler Unternehmen mit relevanten Ökosiegeln, etwa „Ökoprot“¹. Wir prüfen die finanzielle Beteiligung der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Klima- und Umweltpolitik als Standortpolitik verstehen

Die Klimakrise trifft nicht nur Privathaushalte, sondern auch Unternehmen. Hitze, Starkregen, Überschwemmungen, Wasserknappheit und Störungen in Lieferketten verursachen Schäden und gefährden Investitionen. Deshalb unterstützen wir Maßnahmen, die Unternehmen in Mülheim klimaresilienter machen und damit auch Arbeitsplätze sichern. Zur Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung in Unternehmen sollen vorrangig bestehende Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene unter aktiver Einbeziehung der Mülheimer Wirtschaftsförderung genutzt werden. Ergänzend setzen wir auf Beratungsangebote und eine enge Begleitung der Unternehmen. Wer heute in Hitzeschutz, Wassermanagement und Energieeffizienz investiert, sichert morgen Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Standortqualität. Auch das ist Teil unseres Plans.

Natur, Umwelt und Artenvielfalt schützen

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, Freiräume sichern und die Anpassung städtischer Natur- und Umweltressourcen systematisch vorantreiben. Wir fördern den natürlichen Klimaschutz. Hierbei setzen wir insbesondere auf die Renaturierung von Mooren und identifizieren Flächen zur Aufforstung.

Grünzüge, Parks, Wasserflächen und naturnahe Räume sind wichtige Bausteine einer klimaresilienten Stadt. Sie kühlen, speichern Wasser, ver-

bessern die Luft, schaffen Erholungsräume und schützen Artenvielfalt. Deshalb müssen sie erhalten, gepflegt und dort, wo möglich, ausgebaut werden.

Unsere Friedhöfe sind wichtige grüne Ruhe- und Erinnerungsorte in der Stadt. Deshalb entwickeln wir insbesondere die Peripheriebereiche der Friedhöfe weiter am Zielbild des „Parks im Friedhof“. Am Hauptfriedhof unterstützen wir zudem die Einrichtung eines Trauercafés als niedrigschwelliges Angebot für Begegnung, Begleitung und menschliche Nähe in schweren Zeiten.

Boden-, Klima- und Artenschutz gehören für uns zusammen. Deshalb stärken wir den Bienen-, Insekten- und Artenschutz, sichern naturnahe Lebensräume und wollen zusätzliche Blühwiesen und Blühstreifen schaffen. Dabei prüfen wir ausdrücklich auch, wie solche Maßnahmen durch Einsparungen an anderer Stelle, etwa durch den weiteren Verzicht auf doppelte Ausschussvorsitzungsgelder, mitfinanziert werden können. Wir wollen zudem ein kommunales Bekämpfungskonzept gegen Neobiota und invasive Arten entwickeln. Dazu zählen für uns insbesondere die Bekämpfung und das Management problematischer Arten wie Kanada-Gänse, Herkulesstaude, Nutria und Asiatische Hornisse.

Wildtiere haben ein Anrecht auf Schutz und Ruhe in ihren natürlichen Lebensräumen. Dies gilt insbesondere zur Brut- und Setzzeit und abseits der offiziellen Wege in Feld und Wald. Insbesondere zum Schutz von Rehen und Rehkitzen setzen wir uns dafür ein, dass vor allem Hundebesitzer besser darüber aufgeklärt werden, welche rechtlichen Regelungen für die Hundehaltung gelten. Die Anleinplicht in Grünanlagen, abseits offizieller Waldwege und in Naturschutzgebieten soll künftig strenger kontrolliert werden. Wir prüfen die Erhöhung von Bußgeldern bei festgestellten Verstößen. Wir unterstützen Initiativen zum Schutz von Rehkitzen, beispielsweise vor Mähdreschern, durch den Einsatz moderner Technologie wie Drohnen.

Wir sprechen uns für ein Nachtfahrverbot von Mährobotern aus, insbesondere um Igel zu schützen. Ausnahmen sollen für Mähroboter mit KI-gestützten Schutzsystemen gelten.

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Wald als Be-

standteil kommunaler Daseinsvorsorge und Klimaanpassung. Den Runden Tisch „Forst“ wollen wir beibehalten. Bei positiver Evaluation führen wir den Bewirtschaftungsvertrag mit RVR Ruhr Grün fort und stärken die Kooperation. Außerdem wollen wir ein Flächenkonzept für Ausgleichsflächen und Wiederaufforstung entwickeln, damit der Waldumbau in klimastabile Bestände verlässlich unterstützt werden kann.

Die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie wollen wir vorausschauend und schnellstmöglich umsetzen, um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu stärken.

Landwirtschaft, Ernährung und regionale Wertschöpfung

Landwirtschaft ist für uns Teil von Daseinsvorsorge, Landschaftspflege, regionaler Identität und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung. Wir wollen die lokale Landwirtschaft in Mülheim stärken und regionale Wertschöpfungsketten ausbauen. Dabei unterstützen wir konventionelle und biologische Landwirtschaft gleichermaßen. Dazu prüfen wir, inwieweit städtische und andere öffentliche Einrichtungen Lebensmittel stärker von regionalen Erzeugerinnen und Erzeugern beziehen können – insbesondere für Kitas, Schulen, Kantinen und soziale Einrichtungen. Dabei setzen wir auf regionale, saisonale und qualitativ hochwertige Produkte.

Landwirtschaftliche Flächen und Freiräume dürfen nicht leichtfertig unter zusätzlichen Nutzungsdruck geraten. Landwirtschaftlich genutzte Flächen genießen für uns bei sämtlichen Planungsvorhaben einen hohen Schutz. Wir denken die landwirtschaftlichen Flächen und Betriebe bei sämtlichen städtischen Handlungen, etwa bei Baustellen, von Anfang an mit. Wer Boden schützt, schützt Klima, Artenvielfalt und regionale Versorgung zugleich. Wir wünschen keine Umwandlung von landwirtschaftlich genutzten Flächen in Agri-Photovoltaik-Flächen.

Wir wollen einen „Runden Tisch Landwirtschaft“ einrichten, um den Austausch zwischen Landwirtschaft, Verwaltung, Politik, Naturschutz und Bürgerschaft zu verbessern, Nutzungskonflikte frühzeitig zu lösen und mehr Planungssicherheit zu schaffen.

Wir unterstützen die „Solidarische Landwirtschaft“ („Solawi“), Direktvermarktung und ande-

re kooperative Modelle regionaler Versorgung als Beitrag zu kurzen Wegen, fairer regionaler Wertschöpfung, Ernährungsbildung und mehr Krisenfestigkeit in der Lebensmittelversorgung. Wo es kommunal möglich ist, wollen wir solche Initiativen bei Vernetzung, Sichtbarkeit, Beratung und beim Zugang zu geeigneten Flächen unterstützen. Wir prüfen, wie die Stadt das Konzept „Solawi“ finanziell und organisatorisch unterstützen kann.

Wir prüfen, welchen Beitrag die Landwirtschaft im Rahmen von Krisenvorsorge und Krisenmanagement leisten kann und welche Rolle sie im Krisenfall einnimmt. Landwirtschaftliche Flächen und Betriebe sind entsprechend in einen kommunalen Krisenvorsorgeplan aufzunehmen.

Gemeinsam mit Schulen, Kitas, Vereinen und landwirtschaftlichen Betrieben wollen wir Umwelt- und Ernährungsbildung stärken. Landwirtschaftliche Betriebe sollen stärker als außerschulische Lernorte eingebunden werden, damit Kinder und Jugendliche ein besseres Verständnis für Herkunft, Wert und nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln entwickeln. Zudem wollen wir Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken und naturnahe Lernräume, etwa am Peisberg, weiterentwickeln.

Bei Investitionen in den Straßenbau müssen auch die Bedürfnisse des ländlichen Raums mitgedacht werden. Deshalb sollen forst- und landwirtschaftliche Wege sowie Reitwege künftig stärker berücksichtigt werden.

Unser Anspruch: vom Papier in die Umsetzung

Wir wollen Fortschritt messbar machen, Verwaltung verbindlich in die Verantwortung nehmen, Fördermittel konsequent nutzen und Klima-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik als gemeinsame Zukunftsaufgabe gestalten.

11. KULTUR, BRAUCHTUM, TOURISMUS UND STADTGESCHICHTE

Kultur muss ein starkes Stück Mülheim bleiben!

Kultur, Brauchtum, Tourismus und Stadtgeschichte prägen die Wahrnehmung unserer Heimatstadt Mülheim an der Ruhr nach innen und außen. Sie machen die Stadtgesellschaft unverwechselbar.

Deshalb sind wir stolz auf die gewachsene kulturelle Vielfalt für die das Theater an der Ruhr, die Dramatikertage, der Ringlokschuppen, das Makroscope und die facettenreiche Museumslandschaft mit Kunstmuseum, Ledermuseum, Aquarius, Haus Ruhrnatur und Camera Obscura stehen. Mit Schloss Broich, Kloster Saarn und dem Tersteegenhaus sowie dem Bismarckturm und der Stadthalle besitzt Mülheim Baudenkmäler, die es zu erhalten und pflegen gilt.

Auch die Erinnerung an unsere Vergangenheit spielt eine zentrale Rolle in unserem Kultur- und Geschichtsbewusstsein. Durch Gedenktage, Pflege von Gedenkstätten und Jubiläumsfeiern ist diese Erinnerung lebendig zu halten.

Insgesamt zielt die Kulturarbeit darauf, den Bestand unseres reichen kulturellen „Ökosystems“ aus unterschiedlichen Gruppen, Vereinen, Institutionen und Individualisten zu sichern und weiterzuentwickeln. Denn Kultur schafft Räume, in denen die Stadt sich über sich selbst verständigen, erinnern und nach vorne denken kann. Kultur ist integraler Teil unserer Bildungsarbeit und formiert natürlichen Widerstand gegen jede Form von Gewalt, Intoleranz, Extremismus und Totalitarismus.

Zur Orientierung der städtischen Kulturförderung dient dabei stets das Leitbild einer „Kultur für alle“, die eine Plattform für verbindende, gemeinschaftliche Erlebnisse und weltoffene, neugierige Diskurse bietet.

Unabdingbare Voraussetzung ist dafür eine Gestaltung von Eintrittspreisen und Kursgebühren, die keinen Teil der Stadtgesellschaft ausschließt. Daher sollen die Vergünstigungen des Mülheim Passes im Kulturbereich aufrechterhalten werden. Besondere Bedeutung besitzen für uns Angebote, die Kinder und Jugendliche zur Kultur einladen und einen altersgerechten Zugang ermöglichen. Derartige Angebote gelten uns als besonders förderungswürdig.

Vor diesem Hintergrund haben wir die folgenden Maßnahmen für die Aufgabenbereiche des Ausschusses „Kultur, Brauchtum, Tourismus und Stadtgeschichte“, vereinbart, die über den städtischen Haushalt in der Ratsperiode 2025-2030 umgesetzt werden sollen:



Anhebung des Projektetats für die Förderung kultureller Projekte

Der Projektetat des Kulturbetriebs wird auf 30.000 EUR im Jahr 2026 angehoben sowie eine jährliche, indexorientierte Dynamisierung des Projektetats in den nächsten Jahren vereinbart. Im Zuge dieser Erweiterung des Kulturprojektfonds fordern wir den Kulturbetrieb auf, die Matrix zur Bewertung der eingereichten Projekte zu präzisieren, um eine faire, transparente Verteilung der Fördergelder zu ermöglichen.

Synagogenplatz als Kulturforum

Unsere Innenstadt benötigt dringend tragfähige Impulse, die Bürger und Bürgerinnen motiviert, wieder mehr Zeit in der Innenstadt zu verbringen. Der Synagogenplatz bildet mit Medienhaus und Kunstmuseum ein Areal, das hohes Potenzial zur Belebung der Innenstadt bietet.

Deshalb fordern wir den Kulturbetrieb auf, abschließend die gastronomische Nutzung im Ladenlokal des ehemaligen Rick's Cafe zu prüfen und bei negativem Ausgang ein Konzept zu entwickeln, das hier einen Begegnungsort für alle Generationen schafft. Dies gilt insbesondere, da die gastronomische Aufwertung des Synagogenplatzes die Attraktivität des Museums als touristisches Ausflugsziel steigern wird.

Durchführung eines jährlichen Kulturtages „Offene Türen“

Alle Kultureinrichtungen werden jährlich zu einem Kulturtag „Offene Türen“ eingeladen, um ihre Arbeit vorzustellen. Kulturgruppen ohne stationäre Basis (z.B. Bands, Tanz-/Performancegruppen) sollen sich innerhalb der bestehenden Veranstaltungsorte präsentieren. Als Vorbild wäre hier „Die Nacht der Künste/Museen“ und „Kunstpunkte“ in Düsseldorf zu nennen. Die Kultur-Events sollen als „Tag der Offenen Türen“ in den einzelnen Kultureinrichtungen stattfinden, und die Verwaltung unterstützt dieses Format z. B. durch Kommunikation (Flyer, Plakate o. ä.).

Förderung der Mülheimer Chor-Kultur

In Mülheim an der Ruhr gibt es eine traditionsreiche Chor-Landschaft, die wir erhalten und gleichzeitig für neue Formen des gemeinschaftlichen

Singens öffnen möchten. Wir sehen die Musikschule als kompetente Unterstützerin, die Mülheimer Chören bei der Suche nach Interessierten (z. B. durch einen Tag des offenen Singens) und bei der Gestaltung moderner Veranstaltungsformate (Singen in der Freilichtbühne) zur Seite stehen kann.

Agile Ausweitung des Sponsorings zum qualitativen Erhalt der Sinfoniekonzerte

Wir sind von der überregionalen Attraktivität unserer Sinfoniekonzerte in der Stadthalle überzeugt. Wir fordern Kulturbetrieb und MST deshalb auf, in einer konzertierten Aktion Sponsoren anzusprechen, bei denen von einem wechselseitig glaubwürdigen Imagetransfer zwischen unserem Kulturangebot und der jeweiligen Marke/ihren Produkten ausgegangen werden kann.

Bestandsicherung der Stadtteilbüchereien mit ausreichendem Personal

Wir bekräftigen die Bedeutung des bereits vom Dezernat zugesagten Erhalt des bisherigen Personalschlüssels. Sollte sich in der Arbeit des Medienhauses weiterer Förderbedarf (insbesondere bei der Anschaffung von Medien) ergeben, fordern wir die Leitung auf, die Verwaltung frühzeitig auf derartige „Notfälle“ hinzuweisen, damit auf die Situation reagiert werden kann.

Verzicht auf Mietzins-Erhöhung für Buchungen von Räumen in der Stadthalle durch Mülheimer Institutionen bzw. eine ausgleichende Erhöhung des Kulturbetrieb-Budgets (gemäß der Regelung im Haushalt 2012 / „Marginalie“).

Weiterentwicklung des Kulturdialogs – Ein Mülheimer Modell

Mülheims Kultur ist stark. Und sie soll noch stärker werden. Dazu ist ein Rahmen nötig, in dem sich Kunst und Kultur verlässlich entfalten können. Zentral sind dabei die folgenden Fragen: Welche Ansprüche hat die Stadtgesellschaft hinsichtlich der Angebote von Kunst und Kultur, für Freizeit und Tourismus? Welche Angebote bietet die Stadt bereits? Wo liegen Potenziale der Institutionen und der Künstlerinnen und Künstler in unserer Stadt?

Wie sehen die wirtschaftlichen Kennzahlen aus

und wo sind hier Potentiale zu heben?

Diese ganzheitliche Betrachtung umfasst alle „auf dem Tisch liegenden“ Herausforderungen: u. a. Instandsetzung und Reaktivierung des Heimatmuseums Tersteegenhaus, Sanierungsbedarf im Theater am Raffelberg, Sanierung und tragfähige Nutzung der Stadthalle.

Unsere Idee ist es, über die klassische Kulturentwicklungsplanung hinaus zu gehen. Wir schaffen einen Raum für einen produktiven Kulturdialog mit allen Kulturschaffenden und kreative Möglichkeiten, um mit den großen Herausforderungen auf allen Ebenen positiv umzugehen. Diesen Prozess nennen wir selbstbewusst: Das Mülheimer Modell.

Kunsthau MeißeIstraße

Wir unterstützen die Schaffung des Kunsthaues an der MeißeIstraße mit Fördermitteln, sobald die Schule umgezogen sein wird. Dieses soll mit Kitas und Schulen zusammenarbeiten und Kinder- und Jugendarbeit fördern.

Unterstützung des Mülheimer Karnevals

Zum Mülheimer Brauchtum gehört der Mölmsche Karneval, der stark vom ehrenamtlichen Engagement getragen wird. Wir unterstützen die Bemühungen des organisierten Mülheimer Karnevals, auch über städtische Förderung der Karnevals-Veranstaltungen, ein zeitgemäßes, attraktives Programm in den Sessionen aufrechtzuerhalten.

Vereine und Ehrenamtliche leisten einen unverzichtbaren Beitrag dafür, dass Brauchtum und Traditionen in Mülheim lebendig bleiben. Eine vielfältige Vereinskultur schafft Orte der Begegnung und des Zusammenhalts in unserer Stadt, etwa bei Bürger- und Familienfesten. Dieses Engagement wollen wir verlässlich unterstützen und stärken.

Tourismus und Naherholung stärken

Wir wollen Mülheim als attraktives Ziel für Naherholung und Tourismus weiterentwickeln und die Marke „Mein Mülheim“ gezielt stärken. Mit dem Ruhrtalradweg, dem Radschnellweg RS1, der Route der Industriekultur sowie unseren Wasser- und Grünflächen bauen wir auf starke touristische Anker und entwickeln diese konsequent weiter. Gleichzeitig stärken wir Mülheim als Caravan-

Stadt – mit einem modernen Wohnmobilstellplatz und verbesserten Angeboten für Reisende.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem Wasserbahnhof: Er soll dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben und zu einem offenen, lebendigen Ort mit Gastronomie, Weißer Flotte sowie kulturellen, sportlichen, sozialen und bildungsbezogenen Nutzungen entwickelt werden. Die öffentliche Zugänglichkeit – insbesondere der oberen Etagen – muss dabei dauerhaft gesichert werden, auch bei privater Nutzung. Eine vollständige Refinanzierung steht nicht im Vordergrund, vielmehr ein tragfähiges, gemeinwohlorientiertes Nutzungskonzept ohne kommerzielle Büronutzung.

Ergänzend entwickeln wir ein Hotel- und Messekonzept, stärken die Stadthalle als Veranstaltungsort und positionieren Mülheim als Erholungs- und perspektivischen Kurort. Gemeinsam mit der MST, dem Mülheimer Verkehrsverein sowie einer gestärkten Tourist-Info bauen wir die touristische Vermarktung weiter aus, bündeln Angebote und machen Mülheim sichtbarer als Ausflugsziel in der Region.

Wir nutzen zudem die Umgestaltung des Rathausplatzes gezielt, um die Innenstadt stärker für Freizeit, Aufenthalt und touristische Nutzung zu öffnen und als lebendigen Anziehungspunkt weiterzuentwickeln. Gleichzeitig bauen wir wohnortnahe Freizeit- und Erholungsangebote gezielt aus, insbesondere für Familien, und schaffen attraktive Orte für Begegnung, Bewegung und gemeinsames Erleben im Alltag.

Mülheim verbindet auf besondere Weise Natur, Geschichte und Kultur auf engem Raum. Diese Qualität wollen wir bewahren und stärker herausstellen. Wir stärken Mülheim als Stadt der kurzen Wege für Erholung, Bildung und Erlebnis – für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Gäste.

Dazu gehört auch, unsere kulturellen und historischen Schätze zu erhalten und weiterzuentwickeln. Einrichtungen wie die Camera Obscura, das Aquarius Wassermuseum, Schloß Broich, Kloster Saarn oder die MüGa prägen das Profil unserer Stadt und machen sie zu einem besonderen Ort im Ruhrgebiet.

Wir halten unser kulturelles Erbe lebendig und entwickeln es weiter – insbesondere die Industrie-

kultur als Teil der Route der Industriekultur. Sie ist identitätsstiftend für Mülheim und zugleich ein wichtiger Baustein für die touristische Entwicklung.

So erreichen wir, dass mehr Menschen nicht nur durch Mülheim reisen, sondern gerne hier verweilen, unsere Stadt erleben und ihre Freizeit bewusst bei uns verbringen.

Weiterführung des Projekts „Gegen das Vergessen – Orte der Erinnerung“

durch erneute Bereitstellung von 6.000 EUR für Maßnahmen, um Plätze ehemaliger Zwangsarbeiterlager im Bewusstsein zu erhalten (Gedenktafeln, Veranstaltungen Publikationen).

Förderung der Erinnerungskultur – “Jedes Schulkind besucht das Stadtarchiv“

Mit dem Stadtarchiv besitzt Mülheim an der Ruhr eine Institution, die bereits heute eine lebendige Erinnerungskultur praktiziert. Mit der Zielsetzung „jedes Schulkind hat einmal das Stadtarchiv besucht“, setzen wir uns dafür ein, diese wertvolle Arbeit mit Bildungsträgern, insbesondere den weiterführenden Schulen zu vernetzen und gemeinsame Projekte zu realisieren. Darüber hinaus sollten Orte mit historischer Bedeutung unter fachkundiger Leitung des Stadtarchivs öffentlichkeitswirksamer dargestellt werden (z. B. Hinweise auf das Mahnmal Arbeitserziehungslager am Flughafen Essen/Mülheim und die ehemalige NSDAP-Parteizentrale im heutigen Domizil des Makroscope e.V.).

Historische Gebäude und Kultureinrichtungen erhalten

Das Tersteegenhaus muss zu einem identitätsstiftenden Ort werden, an dem alle Mülheimer die Geschichte der Stadt kennen lernen. Deshalb erwarten wir von allen beteiligten Ämtern zeitnahe Anstrengungen, um die Sanierung sicherzustellen und ein zeitgemäßes Besucherkonzept umzusetzen. Diese Forderung schließt die Ansprache von Förderstellen, Sponsoren sowie eine Unterstützung des ehrenamtlichen Freundes- und Förderkreises Heimatmuseum Tersteegenhaus ausdrücklich ein.

Die Sanierung und Wiedereröffnung des Bismarck-

turms für die Bürger ist unser Ziel. Wir fordern die Verwaltung auf, die Sanierung dieses Kulturortes voranzutreiben und ein Nutzungskonzept zu erarbeiten.

Mit dem Theater an der Ruhr hat Mülheim eine Institution, die über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist. Des Weiteren ist das denkmalgeschützte Gebäude selbst von prägender Bedeutung und muss durch entsprechende Anstrengungen der Allgemeinheit und dem Theater als Heimat erhalten bleiben.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Vertragsverlängerung der „SOL Kulturbar“ in beidseitiger Harmonie mit dem Theater an der Ruhr ein.

Die Bemühungen, den Erhalt des Ledermuseums Mülheim an der Ruhr am traditionsreichen Standort Düsseldorfer Straße über die bisher bis 2028 geltende städtische „Garantieerklärung“ hinaus, abzusichern, werden von uns unterstützt.

Digitalisierung des gesamten Dokumentenbestands im Stadtarchiv

Wir fordern vom Kulturbetrieb eine zeitnahe Bereitstellung personeller Kapazitäten, damit das Material der Stadtgesellschaft sowie der historischen Forschung zeitgemäß zugänglich wird und digital erhalten bleibt. Für diese sorgfältig auszuführenden Scan-Arbeiten sehen wir den Kulturbetrieb in der Pflicht, eine haushaltsmittelschonende Lösung zu finden (z. B. Aktivierung von Ehrenamtlichen aus einem Geschichtsverein, Anfrage beim Centrum für ehrenamtliches Engagement).

12. MOBILITÄT

Wir setzen uns für einen leistungsstarken und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein, der konsequent am tatsächlichen Bedarf der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet wird. Gleichzeitig sollen die Zuschüsse zum ÖPNV auf Grundlage einer validen Datenbasis optimiert und in einem wirtschaftlich tragfähigen Rahmen gehalten werden. Entwicklungsflächen wie die Parkstadt sowie das ehemalige Vallourec-Gelände werden frühzeitig in die ÖPNV-Planungen integriert.

Die Dienstleistungsqualität der Ruhrbahn soll weiter verbessert, Synergien gehoben und die

interkommunale Zusammenarbeit intensiviert werden. Entscheidungen über Angebotsdichte, Liniennführung und Taktzeiten erfolgen datenbasiert anhand belastbarer Indikatoren – driven-by-data. Verlässliche Indikatoren müssen gebildet werden, falls sie noch nicht vorhanden sind. Projekte mit direktem Nutzen für die Mülheimer Bevölkerung erhalten innerhalb der Planungen eine besondere Priorität.

Der unterirdische Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) am Mülheimer Hauptbahnhof bleibt als zentraler Verknüpfungspunkt zwischen Bus- und Schienenverkehr erhalten. Die Modernisierung erfolgt nach aktuellem Stand der Technik unter besonderer Berücksichtigung der Barrierefreiheit. Die Baumaßnahme wird hinsichtlich der Kostenentwicklung eng begleitet.

Wir stehen neuen Mobilitätstechnologien offen gegenüber und erkennen ihr Potenzial als innovative Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs. Entsprechende Entwicklungen und Fördermöglichkeiten auf Bundesebene nehmen wir aufmerksam auf und prüfen deren Relevanz für unsere Stadt. Konzepte für einen möglichen Einsatz im Mülheimer Stadtgebiet werden wir konstruktiv begleiten und im Sinne einer zukunftsfähigen Mobilität weiterentwickeln.

Wir setzen uns für die konsequente Einhaltung des Nachtflugverbotes des Flughafens Düsseldorf ein.

Nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (SUMP) und Nahverkehrsplan

Mülheim an der Ruhr ist gemäß EU-Verordnung 2024/1679 als Knoten im Transeuropäischen Verkehrsnetz definiert und verpflichtet, einen Plan für nachhaltige Mobilität zu erstellen. Wir begreifen diesen Prozess als Chance, gemeinsam mit Bürgerschaft, Wirtschaft, Ruhrbahn und regionalen Partnern in einem bürgerorientierten Dialog die Zukunft der städtischen Mobilität zu gestalten.

Die Nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (SUMP) wird gemeinsam mit dem kommunalen Nahverkehrsplan (NVP) inhaltlich zusammengeführt und bis Ende 2027 fertiggestellt. Der Plan umfasst insbesondere die Integration verschiedener Verkehrsträger, emissionsarme Mobilität, multimodale Knotenpunkte sowie digitalisierte Nutzung.

Wir überprüfen systematisch und verbessern nach Einführung des transparenten Hallenregisters und einer darauf aufbauenden Bedarfsanalyse die Anbindung der Sportstätten an den ÖPNV sowie das Radwegenetz.

Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung

Die Verkehrsführung in der gesamten Stadt soll durch smarte Ampelsysteme und konsequente Digitalisierung weiter optimiert und der Verkehrsfluss verbessert werden. Straßen- und Brückensanierungen werden auf Grundlage valider Daten bedarfsgerecht priorisiert. Vorrang hat dabei die Sicherstellung von Pflege und Instandhaltung der bestehenden Infrastruktur. Dabei wird die Nutzung von Förderprogrammen sowie geeigneten Finanzierungsinstrumenten geprüft. Wir erarbeiten eine zukunftsfähige Lösung für den städtischen Bauhof.

Rad- und Fußverkehr – ganzheitliches Netzkonzept

Für das gesamte Stadtgebiet wird ein integriertes, durchgängiges Radverkehrskonzept mit klar definiertem Zielnetz erarbeitet. Ziel ist die Weiterentwicklung eines sicheren, möglichst vom Autoverkehr unabhängigen Radwegenetzes.

Der Radschnellweg RS1 soll bis nach Duisburg im Ausbaustandard eines Radschnellweges durchgebunden werden. Bestehende Lücken bei Zubringerstrecken werden geschlossen. Die Einbindung des neu entstehenden Radwegs auf der Ruhrtalbrücke wird aktiv begleitet und in das lokale Radwegenetz integriert.

Darüber hinaus wird das sichere Abstellen von Fahrrädern im gesamten Stadtgebiet weiter verbessert.

Multimodale Mobilität und Stadt der kurzen Wege

Der Ausbau multimodaler Mobilstationen wird vorangetrieben, um verschiedene Verkehrsträger effizient miteinander zu verknüpfen. Sharing-Angebote wie Fahrrad-, E-Scooter- und Carsharing werden gezielt ausgebaut, um flexible und klimafreundliche Mobilitätsketten zu ermöglichen.

Parkraumstrategie und Quartiersparken

Die Parkraumbewirtschaftung wird konzeptionell neugestaltet und stärker auf nachhaltige Mobilität sowie Flächeneffizienz ausgerichtet. Parkraum wird bedarfsgerecht ausgewiesen und durch Digitalisierung optimiert.

Quartiersparken wird als Bestandteil einer sozial ausgewogenen Parkraumpolitik ausgebaut. Missbräuchliche Nutzung von Parkraum wird konsequent bekämpft. Bei großen Neubauprojekten, beispielsweise auf dem ehemaligen Wissoll-Gelände, werden Quartiersparkhäuser berücksichtigt.

Ladeinfrastruktur für Elektromobilität

Wir streben einen strategischen Ausbau leistungsfähiger Ladeinfrastruktur unter Berücksichtigung tatsächlicher Nutzungsanforderungen an. Vorgesehen ist ein ausgewogener Mix aus wohnortnahen Normalladepunkten (11–22 kW) sowie Schnellladepunkten mit Ladeleistungen deutlich über 150 kW.

Qualität, Zuverlässigkeit und eine 24/7-Verfügbarkeit der Ladepunkte stehen im Mittelpunkt. Förderprogramme von Bund und Land werden konsequent genutzt, gleichzeitig sollen auch private Investoren – insbesondere in verdichteten Quartieren – eingebunden werden.

Schulung und Verkehrssicherheit

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wird ein Verkehrsübungsplatz in Mülheim an der Ruhr geschaffen. Ergänzend werden praktikable Alternativen zu sogenannten Elterntaxis entwickelt sowie gezielte Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Umfeld von Schulen unterstützt.

Baumaßnahmen der Autobahn GmbH

Wir begleiten den geplanten A40-Ausbau kritisch und fordern fortlaufend eine transparente Kommunikation, die Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger beinhaltet, ein. Wir setzen uns für weitreichende Lärmschutzmaßnahmen ein und prüfen die weitergehende Umsetzung von gesetzlichen Pflichtmaßnahmen. Dabei werden wir insbesondere im Rahmen des Planungsverfahrens „Zechenbahn“ auf eine Anpassung bzw. Verbreiterung der A40-Brücke hinwirken.

Gleichermaßen begleiten wir kritisch den geplanten sechsstreifigen Ausbau der A52 mit Neubau der „Mintarder Ruhrtalbrücke“. Hierbei lehnen wir die Schaffung eines großen Lkw-Rastplatzes in Menden/Ickten ab und setzen uns weiterhin für eine Lärminderung ein.

Finanzierung, Monitoring und Transparenz

Alle mobilitätspolitischen Maßnahmen werden mit klar definierten Zielen, Kennzahlen und Finanzierungsgrundlagen hinterlegt. Ein gemeinsames Monitoringsystem mit transparenten SMART-Indikatoren stellt die kontinuierliche Überprüfung der Zielerreichung sowie verbindliche finanzielle Planvorgaben sicher.

13. CHANCENGERECHTIGKEIT UND INTEGRATION

Wir verstehen Mülheim an der Ruhr als eine sozial verantwortungsvolle, vielfältige und offene Stadt. Chancengerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und gelingende Integration sind zentrale Voraussetzungen für sozialen Zusammenhalt und ein gutes demokratisches Miteinander. Vielfalt bereichert das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben der Stadt. Zugleich besteht Einigkeit darüber, dass Integrationspolitik darauf ausgerichtet sein muss, bestehende strukturelle Barrieren abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Sie setzt sowohl unterstützende Rahmenbedingungen durch staatliche und kommunale Institutionen als auch Eigenverantwortung und aktive Mitwirkung der Zugewanderten voraus.

Inwieweit Integration gelingt, entscheidet sich hier vor Ort im konkreten Zusammenleben in unserer Stadt. Eine erfolgreiche Integrationspolitik kann nur im ständigen Dialog mit wechselseitiger Offenheit und Bereitschaft gelingen. Uns leiten dabei die Rechts- und Werteordnungen unseres Grundgesetzes. Somit ist das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft oberstes Ziel. Der Schlüssel für Integration liegt im Erlernen der deutschen Sprache. Dies ist die Grundvoraussetzung, um die Bildungs- und Arbeitsmarktsituation für Zuwanderer zu verbessern. Der Erwerb der deutschen Sprache ermöglicht die Teilnahme an der Gesellschaft und befördert die Chancengleichheit in Schule, Ausbildung und Beruf. Sie ist Voraussetzung für eine chancenorientierte Integration in Sport, Kultur und Gesell-



schaft. Unabhängig davon, ist die Mehrsprachigkeit vieler Zugewanderter ein Gewinn für uns alle. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass unsere Stadt der Charta der Vielfalt beigetreten ist und Mitglied in der European Coalition of cities against racism (ECCAR) geworden ist.

Wir prüfen die Einrichtung einer Stabsstelle für „Migration, Asyl und Integration“.

Ausländerbehörde - Neustart für effiziente Ausländerverfahren

Wir organisieren einen Neustart in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik. Dafür stellen wir die Ausländerbehörde neu auf und prüfen die Bereitstellung weiterer personeller Ressourcen. Wir beschleunigen die Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitserlaubnis, insbesondere für Fachkräfte aus dem Ausland, und die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit. Wir setzen uns für eine deutliche Verkürzung der Wartezeiten bei Einbürgerungen und in allen ausländerrechtlichen Verfahren ein. Unser Ziel: eine rechtmäßige Bearbeitungsdauer von drei Monaten bis Ende 2027. Als verbindlicher Zwischenschritt gelten zwölf Monate durchschnittliche Bearbeitungszeit bis Ende 2026 – damit messen wir die Verwaltung an ihrer eigenen Ankündigung. Die begonnene Digitalisierung soll intensiviert fortgesetzt werden. Im Zuge dessen soll KI-Einsatz (z. B. nach Vorbild des in der Landesverwaltung genutzten Tools „NRW-Genius“) ermöglichen, Verfahren zu beschleunigen, Anträge effizienter zu bearbeiten und die Behörde insgesamt zu entlasten. Gleichzeitig stärken wir die Sicherheit und Integrität der Verfahren: Betrugsfälle zeigen, dass Echtheitskontrollen von Dokumenten konsequent verbessert werden müssen.

Wir werden die Möglichkeiten des Asylbewerberleistungsgesetzes ausschöpfen und insbesondere die Durchführung gemeinnütziger Tätigkeiten durch Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 5 AsylbLG bei kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern ermöglichen. Wir verzichten auf die Einführung der Bezahlkarte.

Vielfalt, Teilhabe und Kompetenzen fördern

Wir streben die Ausweitung von Sprach- und Integrationskursen an. Wir erarbeiten ein aktualisiertes Unterbringungskonzept mit Fokus auf Unterbrin-

gung in Wohnungen, wir prüfen den baulichen Zustand und die künftige Nutzung der zentralen Unterbringungseinrichtungen am Klöttchen und an der Mintarder Straße. Den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration stärken wir und prüfen ein größeres Budget zur Förderung von Migrantenselbstorganisationen.

Ein verlässlicher und transparenter Zugang zu kommunalen Dienstleistungen ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob das strukturiertes Notfallverfahren optimiert werden kann. Es muss sichergestellt werden, dass zeitkritische Anliegen kurzfristig bearbeitet werden können.

Ein gemeinsames Ziel ist es, die kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft sichtbarer zu machen und Begegnungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Wir wollen den „Preis für ein gedeihliches Miteinander“ des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration reaktivieren. Dabei wollen wir die Modalitäten anpassen und die wiederholte Auswahl von denselben Preistragenden ausschließen.

In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob ein Markt der kulturellen Vielfalt, z. B. in der Altstadt, entwickelt werden kann. Ein solcher Markt könnte dazu beitragen, den interkulturellen Dialog zu fördern.

Wir sprechen uns zudem für eine Stärkung des Büros für Chancengleichheit aus.

Eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Integration und Partizipation ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und den Verbänden, Vereinen und Institutionen.

14.HAUPTAUSSCHUSS / DEMOKRATIE UND WAHLEN

Demokratie und Wahlen

Wir werden die notwendige Anpassung von Satzungen und Prozessen zur Förderung von demokratischen Aktivitäten, insbesondere während des Wahlkampfes, vor der nächsten Wahl auf Mülheimer Stadtgebiet durchführen. Dazu gehören für uns unter anderem folgende Punkte:

- Beginn der Plakatierung an einem Freitag nach-

mittags sechs Wochen vor dem Wahltermin. Wir bevorzugen die Startuhrzeit 15 Uhr, mindestens aber zu einer Uhrzeit, an der es taghell ist.

- Anfragen für Partei- oder Fraktionsveranstaltungen in städtischen Einrichtungen oder Einrichtungen von städtischen Tochterunternehmen müssen grundsätzlich mit genauer Angabe von Datum und Zeitraum erfolgen. Pauschale Anfragen nach „freien“ Zeiträumen können mit Verweis auf das Betriebsgeheimnis versagt werden.
- Bei möglichen Auffälligkeiten bei der Durchführung von Wahlen oder Auszählung von abgegebenen Stimmen wird abweichend von der Wahlordnung des Landes NRW zunächst der Wahlausschuss und die betroffenen Parteivertretenden bzw. zur Wahl stehenden Personen informiert, bevor eine mögliche Überprüfung oder Korrektur der Prozesse durch den Wahlleiter vorgenommen wird.

Wir forcieren die Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Erweiterung von Stimmbezirken bei allen Wahlen und Bürgerentscheiden auf die ursprüngliche Anzahl von 123 Stimmlokalen zur wohnortnahen Wahrnehmung demokratischer Rechte zur kommenden Landtagswahl 2027. Die Verwaltung wird aufgefordert frühzeitig kreative Mobilisierungsideen und -aktionen für die Gewinnung von Wahlhelfenden und zur Steigerung der Wahlbeteiligung im Stadtgebiet zu entwickeln und durchzuführen.

Wir beginnen frühzeitig den Prozess zur möglichen Neuanpassung von Kommunalwahlbezirken mit der gegenwärtigen Stabstelle für Sozialplanung und Statistik. Dabei klären wir frühzeitig die Anzahl der (Kommunal-)Wahlbezirke.

Die mögliche Übertragung von Sitzungen des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr, den Bezirksvertretungen und den jeweiligen Gremien durch einen Livestream wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe von Verwaltung und Ratsfraktionen entschieden.

Die Kooperationspartnerinnen setzen sich dafür ein, dass die Verwaltung systematisch und regelmäßig Besuchsgruppen mit Schwerpunkt auf Schulen durch das Rathaus führt und Ablä-

ufe der kommunalen Demokratie transparent und umfassend näherbringt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Schulen darüber zu sprechen, dass mindestens einmal in der Schullaufbahn alle Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit bekommen, an einer Sitzung eines kommunalen Rats- oder Bezirksvertretungsgremiums teilzunehmen.

Auszeichnungen, Ehrungen und besondere Würdigungen

Wir überprüfen die Satzungen für Auszeichnungen der Stadt Mülheim an der Ruhr, sodass als Eingangskriterium, ungeachtet der Dauer der Mitgliedschaft in Gremien, keine verfassungsgefährdenden oder -feindlichen Aktivitäten im Laufe des zu ehrenden Zeitraums festzustellen sind. Dem Oberbürgermeister obliegt im Einvernehmen mit den Kooperationspartnerinnen in welchem Rahmen die entsprechenden Ehrungen durchgeführt werden. Wir prüfen eine Differenzierung der (Zeit-) Kriterien für Ehrungen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags, des Landtags NRW, der Verbandsversammlung des RVR („Ruhrparlament“) und Mitgliedschaften in Regierungen oder der EU-Kommission, um dem Zeitaufwand im Vergleich zum ehrenamtlichen Kommunalmandat bzw. Anrechnung von gleichzeitiger ehrenamtlicher Mandatstätigkeit (Ruhrparlament + Rat der Stadt bzw. Bezirksvertretungen) gerecht zu werden. Wir prüfen zudem leistungsrechtliche Abweichungen von den bestehenden (Zeit-)Kriterien für die ehrenamtlichen Mandate.

Wir stimmen uns gemeinsam und im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister ab, ob und welche Ehrenbürgerschaften wir im Laufe der Wahlperiode verleihen wollen.

Im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister überprüfen die Kooperationspartnerinnen wertschätzend die Sinnhaftigkeit, die Finanzierung, die Ausrichtung und die jeweiligen Modi von städtischen Preisverleihungen bzw. die vom Rat der Stadt oder seinen Gremien verliehenen Preise sowie Veröffentlichungen ehrenhalber (Wirtschaftspreis, Preis für Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit, Ruhrpreis für Kultur und Wissenschaft, Ehrung für hervorragende Leistungen in der Sportführung im Rahmen der Veranstaltung „medl-Nacht der Sieger“, Heimatpreis, Jahrbuch der Stadt Mülheim an der Ruhr, Preis des Integrationsrates für ein ge-
deihliches Miteinander, etc.).

Repräsentationsregeln

Wir werden den Modus für repräsentative Aufgaben in Rücksprache mit dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten neu regeln. Das Primat der Politik wird auch bei öffentlichen Veranstaltungen und Repräsentationsterminen protokollarisch korrekt respektiert. Beigeordnete haben grundsätzlich keine repräsentativen Funktionen, solange politische Vertretende nicht eingebunden sind. Dies gilt auch für Schirmherrschaften für öffentliche Veranstaltungen. Entsprechende Anfragen sind an das Repräsentationsbüro weiterzuleiten, welches Wünsche durch Veranstaltende berücksichtigen kann.

Bei Terminen, die von der Stadt organisiert sind oder die Stadt als Gastgeber auftritt (z. B. Besuche von Regierungsmitgliedern, Eröffnungs- oder Einweihungsanlässe, etc.), müssen grundsätzlich in freien Wahlen gewählte, politische Vertretende Vorrang bei Grußworten, Begrüßungen oder Reden erhalten.

Die Repräsentationsregeln gelten analog für Veranstaltungen und andere Anlässe, die von städtischen Tochterunternehmen organisiert werden. Aufsichtsratsvorsitzende sowie stellv. Aufsichtsratsvorsitzende und -mitglieder werden gleichrangig mit Geschäftsführenden bei Begrüßungen, Grußworten und Reden berücksichtigt.

Die Kooperationspartnerinnen vereinbaren, bestehende Gebäudenamen (konkret: Heinrich-Thöne-Volkshochschule) nicht zu ändern.

Städtische Veranstaltungen oder Veranstaltungen, bei denen städtische Tochtergesellschaften Mitveranstaltende sind

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Einladungspraxis zu städtischen Veranstaltungen und Empfängen bzw. Veranstaltungen, an denen die Stadt oder städtische Tochterunternehmen beteiligt sind, transparent zu machen. Die Kooperationspartnerinnen erwarten, dass grundsätzlich die für Mülheim an der Ruhr zuständigen Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags, des Landtags NRW und der Regionalversammlung des RVRs („Ruhrparlament“) sowie die Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden zu allen o. g. Anlässen eingeladen werden. Die Einladungspraxis bzgl. der Mitglieder des Rates der

Stadt, der Bezirksvertretungen und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern erfolgt in Abhängigkeit der „Größe“ sowie inhaltlichen Zuständigkeit des Anlasses.

Parteien und Fraktionen sind grundsätzlich als Teilnehmende bei städtischen Veranstaltungen oder Veranstaltungen von städtischen Tochterunternehmen zuzulassen.

Förderung der Geschlechter

Wir behalten die organisatorische Konstruktion des „Büros für Chancengleichheit“ bei und stärken diese, soweit dies mit den vorhandenen Mitteln möglich ist.

Wir streben die stärkere Repräsentanz von Frauen und Menschen mit diverser Identität in den Strukturen der Verwaltung sowie des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr, seinen Gremien und den Bezirksvertretungen an. Bei gleicher Qualifikation werden Frauen und Menschen mit diverser Identität bei Stellenbesetzungen bevorzugt.

Europa und Internationales

Wir stärken die bestehenden Städtepartnerschaften und unterstützen Initiativen zur Etablierung weiterer Städtepartnerschaft und -freundschaften. Wir wollen die Städtepartnerschaft zur ukrainischen Stadt Iwano-Frankiwsk offiziell besiegeln und den Austausch aktiv fördern.

Wir unterstützen die Initiative zur Etablierung einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt im Senegal, die durch den Verein „Axatin“ seit Jahren gepflegt wird. Wir werben Fördermittel von „Engagement global“ und der Europäischen Union ein, um die bestehenden und künftigen Städtepartnerschaften zu fördern.

Wir streben den regelmäßigen Austausch mit unseren Städtepartnerschaften an. Hierbei wollen wir jeweils einmal je Wahlperiode eine Reise mit einer Delegation von politischen Vertretenden und Verwaltung in jede Partnerstadt mit Fördermitteln, Eigenbeteiligungen und städtische Mitteln tätigen.

Abbau von Benachteiligungen und Diskriminierungen

Wir prüfen die künftige organisatorische wie inhaltliche Ausrichtung der Antidiskriminierungsstelle. Wir wollen diese Aufgabe beibehalten, prüfen jedoch, ob diese im Sinne des Subsidiaritätsprinzips von einem Wohlfahrtsverband erbracht werden kann.

Wir stärken die Stellen der Behindertenbeauftragten und ihrer Stellvertretung langfristig, in dem wir das Budget, den Umfang der Stellen sowie die Stellenanteile an den Gutachtertätigkeiten überprüfen. Wir prüfen die Beteiligung an der Kampagne „Hidden Disabilities Sunflower“.

Mitgliedschaften der Stadt

Wir prüfen sämtliche Mitgliedschaften der Stadt Mülheim an der Ruhr auf Sinnhaftigkeit und entscheiden gemeinsam, ob weitere Mitgliedschaften sinnvoll sein können.

Städtische Beteiligungen

Die Kooperationspartnerinnen vereinbaren einen partnerschaftlichen Prozess, um die politische Rolle von Aufsichtsgremien neu zu definieren und im Sinne einer gemeinsamen Haltung, die städtischen Beteiligungen orientiert an den Inhalten des Kooperationsvertrages auszurichten.

Wir haben gemeinsam die Geschäftsführendenstrukturen im Blick und werden Nachbesetzungen sowie Mehrfachgeschäftsführendentätigkeiten auch in Hinblick auf mögliche Pensionierungen bzw. Verrentungen frühzeitig klären.

15. RECHNUNGSPRÜFUNG

Wir stärken die Rolle des Rechnungsprüfungsamtes sowie des -ausschusses als von der Verwaltung fachlich unabhängige Organisationseinheiten des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Das Rechnungsprüfungsamt wird künftig organisatorisch im Dezernat des für das Rats- und Rechtsamt zuständigen Beigeordneten angesiedelt.

Wir prüfen die Veränderung der Hauptsatzung des Rates der Stadt dahingehend, ob und inwieweit der Rechnungsprüfungsausschuss grund-

sätzlich öffentlich tagt und die Vorlagen öffentlich einsehbar sind. Es werden bei vorliegender Notwendigkeit nicht-öffentliche Teile der Ausschusssitzungen sowie nicht-öffentliche Vorlagen sichergestellt.

Wir erlassen eine Mustersatzung zur Rechnungsprüfung, die weiterhin eine Freigabe durch das Rechnungsprüfungsamt ab einem Vergabewert von 25.000 € beinhaltet.

Wir prüfen eine zentrale Vergabestelle bis 2028, die in der Kämmerei angesiedelt werden könnte. Vorausgeht ein umfangreiches Berichtscontrolling über die Vergaben der einzelnen Dezernate und Ämter, insbesondere mit dem Fokus auf mögliche Fehler und finanzielle Folgen.

Wir prüfen die angemessene personelle Ausstattung des Rechnungsprüfungsamtes. Bei überörtlichen Prüfungen, wie beispielsweise durch die Gemeindeprüfanstalt NRW, wird künftig grundsätzlich zunächst eine öffentliche Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss mit Aussprache durchgeführt, bevor die jeweiligen Dezernate und Ämter um Stellungnahmen gebeten werden.

16. RECHTSRUHR-SÜD (BEZIRKSVERTRETUNG 1)

Wir wollen die Lebensqualität direkt vor der Haustür der Mülheimerinnen und Mülheimer verbessern. Wir beweisen, dass politische Gestaltungskraft keine Frage von prall gefüllten Kassen ist, sondern eine Frage der klugen Prioritätensetzung: Auch mit begrenzten Haushaltsmitteln werden wir unseren Stadtbezirk Rechtsruhr Süd modern und lebenswert voranbringen. Sauberkeit ist die unverzichtbare Grundlage für einen attraktiven Stadtbezirk, weshalb wir auf klare Verantwortlichkeiten statt bürokratischem Zuständigkeits-Gerangel setzen. Unser Ziel ist Sauberkeit aus einer Hand – damit es in Mülheim ohne Ausreden einfach sauber ist. Besonderes Augenmerk richten wir auf unsere Spielplätze und Parks, die als Visitenkarte unseres Bezirks dauerhaft gepflegt sein müssen.

Ehrenamt stärken und fördern

Mit den jährlich verfügbaren BV1-Verfügungsmitteln werden auch weiterhin insbesondere die Aktivitäten und Projekte der ehrenamtlichen Initiativen und Vereine gefördert und unterstützt.

Spielplätze: Höchste Standards für alle Kinder

Wir setzen auf höchste Qualitätsstandards bei der Ausstattung und Pflege unserer Spielplätze, denn sie sind die Herzstücke unserer familienfreundlichen Quartiere. Um echte Teilhabe zu garantieren, werden wir den Ausbau inklusiver Spielgeräte vorantreiben, damit gemeinsames Spielen für alle Kinder im Bezirk ohne Barrieren zur Selbstverständlichkeit wird.

Mobilität mit Augenmaß: Parken im Griff

Nach der erfolgreichen Einführung des Bewohnerparkens in der Altstadt sowie im Südviertel (Bereich Kaiserstraße, Muhrenkamp und Paul-Essers-Straße) setzen wir nun auf eine fortwährende Erfolgskontrolle, die erforderlichenfalls Optimierungen nach sich ziehen, um den Parkdruck für die Anwohnenden abzubauen zu können.

Wir setzen uns weiterhin für die Errichtung eines Quartier-Parkhauses an der Westenergie-Sporthalle ein. Wir prüfen Selbiges auf der heutigen Parkfläche an der Delle.

Upgrade für Heißen-Mitte

Wir rücken das Quartier Heißen Mitte wieder in den Fokus. Unser Ziel ist klar: Wir machen Heißen zu einem echten, lebendigen Stadtteilzentrum. Wir treten für eine Beauftragung zur Erarbeitung eines Stadtteilentwicklungskonzeptes für Heißen-Mitte ein, um sicherzustellen, dass sich das Quartier langfristig attraktiv aufstellt.

Die Altstadt: Mehr als nur ein Adventsmarkt

Die Mülheimer Altstadt ist durch den Adventsmarkt ein überregionaler Imageträger – aber wir wollen mehr. Dieses Quartier hat ungenutzte Potenziale, die wir heben werden. Mit einem ganzheitlichen Handlungskonzept entwickeln wir die Altstadt zu einem Schmuckstück weiter, das das ganze Jahr über durch Aufenthaltsqualität und Flair überzeugt.

Klöttchen

Das Quartier Klöttchen/Vereinsstraße wird nach Auflösung der Flüchtlingsunterkunft im Sinne des Städtebaulichen Wettbewerbs weiterentwickelt.

Klimaschutz und Umfeldgestaltung in der Innenstadt

Klimaschutz ist auch in den Stadtteilen und Quartieren bedeutsamer Teil der Stadtbezirksarbeit. Bei jeder Umgestaltung von Straßen und Plätzen lautet daher unsere Devise: Grün statt Grau. Wir leisten unseren Beitrag zur Hitzeminderung, indem wir konsequent auf Beschattung und Entsiegelung setzen. So sorgen wir für ein besseres Stadtklima und schützen die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk.

Wir verbinden diese Aufgabenstellung mit der Zielsetzung, weiter durch eine Platz- und Umfeldgestaltung in der Innenstadt (z.B. Umfeld Kunstmuseum, Kurt-Schumacher-Platz) die Aufenthaltsqualität in den Quartieren insbesondere in der Innenstadt zu verbessern.

Dazu gehört auch die Fortsetzung des geförderten Sitzbänke-Anschaffungsprogramms in den Grünanlagen, mit dem vorrangig marode Sitz- und Ruhebänke ausgetauscht werden.

17. RECHTSRUHR-NORD (BEZIRKSVERTRETUNG 2)

Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Styrum (ISEK) zur Schaffung neuer Stadt- und Sozialraumqualitäten

Ein zentraler Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit ist die konsequente Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Styrum (ISEK), das neue Stadt- und Sozialraumqualitäten schaffen soll. Ziel ist es, die Lebensbedingungen im Stadtteil nachhaltig zu verbessern und vorhandene Potenziale gezielt zu entwickeln.

Dazu soll das im Jahr 2024 beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept Styrum schnellstmöglich und konsequent umgesetzt werden. Grundlage hierfür ist insbesondere der im Haushaltsbegleitbeschluss 2025 bereitgestellte Betrag in Höhe von 150.000 Euro, der zur Erstellung von Gutachten genutzt werden soll, um Fördermöglichkeiten zu erschließen und die Umsetzung der Maßnahmen zu unterstützen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung der seit Jahren geforderten Stelle eines Stadtteilmanagers beziehungsweise einer Stadtteilmanagerin ein. Diese Stelle soll dazu beitragen, die

verschiedenen Projekte im Rahmen des ISEK zu koordinieren, Akteure im Stadtteil zu vernetzen und die Umsetzung der Maßnahmen dauerhaft zu begleiten.

Insgesamt ist es unser Ziel, die Umsetzung des ISEK kontinuierlich zu begleiten und gemeinsam mit Verwaltung, Bürgerschaft und lokalen Institutionen weiterzuentwickeln.

Geeignete Verkehrsregelungen und bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit gewerblichen Neuansiedlungen (Vallourec)

Im Zusammenhang mit geplanten gewerblichen Neuansiedlungen, insbesondere im Bereich Vallourec, sehen wir die Notwendigkeit geeigneter Verkehrsregelungen sowie gegebenenfalls ergänzender baulicher Maßnahmen, um die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner angemessen zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang streben wir eine Modifizierung des Bebauungsplanes „Zechenbahn“ an, bei der mehrere zentrale Punkte berücksichtigt werden sollen. Dazu gehört insbesondere, dass die eigenständige Straßenbahntrasse erhalten bleibt und nicht entfällt. Ebenso lehnen wir eine Schließung der Zufahrt Mannesmannallee/Mellinghofer Straße ab, da dies zu einer Zerschneidung der natürlichen Verbindung zwischen Unterdümpfen und Oberdümpfen führen würde.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt der jahrhundertealten Eiche an der Zechenbahn ein, die einen wichtigen landschaftlichen und historischen Bezugspunkt darstellt. Gleichzeitig müssen die Anwohnerinnen und Anwohner, die bereits heute durch starke Verkehrsbelastungen im Kreuzungsbereich Denkhäuser Höfe betroffen sind, wirksam geschützt werden. Parallel dazu soll der Dialog mit der Autobahn GmbH fortgeführt werden, um eine Erweiterung der Brückentrasse zu erreichen und so die verkehrliche Situation nachhaltig zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Baustein ist der schnellstmögliche Bau der Styrumer Tangente.

Diese Maßnahme soll dazu beitragen, Verkehrsbelastungen besser abzuwickeln. In diesem Zusammenhang streben wir an, umliegende Straßen für Schwerlast- und Lieferverkehre aus dem Bereich des geplanten neuen Industriegebietes

CTP zu sperren – sowohl auf Styrumer als auch auf Dümpfener Gebiet. Ziel ist es, Ausweichverkehre durch Wohngebiete konsequent zu verhindern.

Darüber hinaus setzen wir uns für Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den Bahnhöfen Styrum und Mülheim-West ein. Dabei sollen insbesondere Aufenthaltsfreundlichkeit und Sauberkeit nachhaltig gewährleistet werden.

Verbesserung der Schulwegsicherung und Umgang mit Elterntaxis

Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbesserung der Schulwegsicherheit im Stadtteil. Gleichzeitig wollen wir den zunehmenden Verkehr durch sogenannte Elterntaxis konsequent angehen.

Dazu soll die Einrichtung ausgewiesener Haltestellen für Elterntaxis konsequent umgesetzt werden. Ebenso ist vorgesehen, verkehrsrechtliche Maßnahmen bei Nichtnutzung dieser Haltestellen konsequent durchzusetzen.

In einzelnen Bereichen kann zudem gegebenenfalls eine Änderung der Verkehrsführung sinnvoll sein, so zum Beispiel am Steigerweg eine Prüfung, ob durch eine Änderung der Verkehrsführung, etwa durch die Einrichtung eines Einbahnstraßenbereichs infolge der Öffnung des Kreises am unteren Ende der Straße, eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann.

Grundsätzlich gilt für uns der Ansatz „Schulung vor Strafe“. Daher soll ein Konzept entwickelt werden, mit dem Eltern und Angehörige über sichere Schulwege und verantwortungsvolles Verhalten im Straßenverkehr informiert und sensibilisiert werden.

Schließung der Schule Meißelstraße

Im Zusammenhang mit der Schließung der Schule an der Meißelstraße ist außerdem eine frühzeitige Planung sicherer Schulwege erforderlich. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler aus dem Bereich Meißelstraße/Schlägelstraße muss mit Blick auf die Umschulung zur Brüder-Grimm-Schule rechtzeitig eine sichere Wegeführung entwickelt werden. Ergänzend soll auch der Einsatz eines Schulbusses geprüft werden.

Sauberkeit in den Stadtteilen

Die Sauberkeit im öffentlichen Raum ist ein wesentlicher Faktor für Lebensqualität und Wohlbefinden in den Stadtteilen. Deshalb wollen wir die bestehenden Strukturen kritisch überprüfen und gezielte Verbesserungen erreichen.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den eingerichteten Wertstoffsammelstellen. Diese sollen hinsichtlich möglicher Vermüllung überprüft werden. Auf dieser Grundlage soll ein Konzept entwickelt werden, das geeignete Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Vermüllung vorsieht. Dabei kann auch eine räumliche Trennung von Wertstoffsammelstellen in Betracht gezogen werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für einen konsequenten Einsatz ordnungsbehördlicher Maßnahmen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ein, die ihrer Verpflichtung zur satzungsgemäßen Müllentsorgung nicht nachkommen oder Bürgersteige dauerhaft als Abstellflächen für Mülltonnen nutzen.

Auch für die Situation der Tauben, die derzeit in der Unterführung an der Mühlenstraße leben, soll eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Wir unterstützen daher die Suche nach einem geeigneten Standort, beispielsweise für ein Taubenhaus, sowie Maßnahmen, mit denen der Bestand auf geeignete Weise reduziert werden kann, um die Verschmutzung der Gehwege zu verringern.

Nachverdichtung nicht auf Kosten von städtebaulichen Qualitäten und lebenswertem Wohnumfeld

Wir unterstützen die Förderung dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums, allerdings unter sorgfältiger Prüfung im jeweiligen Einzelfall. Das geplante Konzept zur Nachverdichtung im Stadtgebiet soll im Bereich der Bezirksvertretung 2 insbesondere die bereits heute hohe Bevölkerungsdichte berücksichtigen.

Entscheidend ist für uns, dass neue Wohnbebauung in Einklang mit den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie mit dem Schutz von Erholungs- und Naturräumen gebracht wird.

Grünräume

Die vorhandenen Grünräume leisten einen wich-

tigen Beitrag zur Lebensqualität und zum ökologischen Gleichgewicht im Stadtteil. Daher setzen wir uns für ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung ein.

Die geplante Renaturierungsmaßnahme im Horbachtal unterstützen wir grundsätzlich, werden sie jedoch auch kritisch begleiten. Perspektivisch sehen wir die Chance, diesen Bereich zu einem Naturerfahrungsraum, ähnlich wie den Peisberg, zu entwickeln.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt aller grünen Freiräume in den Stadtteilen ein und wollen Entsiegelungsmaßnahmen gezielt fördern.

Verkehrsbelastung im Bereich Oberheidstraße sowie Parkmöglichkeiten für Anwohnerinnen und Anwohner

Mit Blick auf die zusätzlichen Verkehre an der Oberheidstraße halten wir ein ganzheitliches Verkehrskonzept für erforderlich. Dieses soll verkehrsleitende Maßnahmen für den Bereich der Aktienstraße sowie für den abfließenden Verkehr in andere Richtungen umfassen.

Darüber hinaus unterstützen wir Bestrebungen, im Rahmen der geplanten gewerblichen Nutzung zusätzliche Parkmöglichkeiten für Anwohnerinnen und Anwohner auf entsprechenden Flächen zu realisieren.

Gleichzeitig soll gewährleistet bleiben, dass die vorhandenen Parkplätze für Friedhofsbesucher während der üblichen Besuchszeiten weiterhin zur Verfügung stehen.

Räume für Begegnung

Ein lebendiger Stadtteil lebt von Begegnung, Austausch und gesellschaftlichem Engagement. Deshalb wollen wir das soziale Miteinander in der Bürgerschaft sowie das Vereinsleben aktiv unterstützen.

In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob weitere Bürgertreffs und Quartierspunkte geschaffen werden können, die als Orte der Begegnung und des Austausches dienen.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt der Stadtteilbibliotheken in Styrum sowie in der Gus-

tav-Heinemann-Schule ein, da sie wichtige kulturelle und soziale Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger darstellen.

18. LINKSRUHR (BEZIRKSVERTRETUNG 3)

Wir wollen die Lebensqualität in den Stadtteilen links der Ruhr kontinuierlich weiter verbessern und sie als attraktive, lebenswerte und sichere Orte für die Bürgerinnen und Bürger erhalten. Dazu gehört für uns insbesondere eine gepflegte und saubere Umgebung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Sauberkeit auf städtischen Grünflächen und Spielplätzen weiter zu verbessern. Auch die Ruhrauen sollen dauerhaft sauber und gepflegt bleiben.

Ein wichtiger Baustein dafür ist ein bedarfsgerechter Ausbau der Abfallinfrastruktur: Wo notwendig wollen wir zusätzliche Abfallbehälter aufstellen und bestehende Behälter bedarfsgerecht erneuern, damit sie besser an die örtlichen Bedürfnisse angepasst sind.

Darüber hinaus möchten wir das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum stärken. Besonders auf Spielplätzen sowie auf Schul- und Radwegen soll die Sicherheit weiter verbessert werden.

Wir streben an, einen Waldfriedhof und/oder einen Urnenwald auf den städtischen Friedhöfen im Bereich der Bezirksvertretung 3 zu integrieren. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Verkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, den Zustand der Straßen im Gebiet der BV 3 weiter zu verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Lärmbelastung sowie die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten auf der Kölner Straße, der August-Thyssen-Straße, der Großenbaumer Straße und dem Uhlenhorstweg prüfen lassen.

Wir wollen die ÖPNV-Anbindung der Stadtteile an andere Städte weiter verbessern und das Fahrradnetz im Mülheimer Süden bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ein – mit schnellem Internet und einer flächendeckenden Mobilfunkabdeckung.

Neben Infrastruktur und Mobilität spielt auch das soziale Miteinander eine zentrale Rolle. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Schulen und Kindergärten bedarfsgerecht zu modernisieren und dauerhaft zu erhalten. Ebenso wollen wir die Vereine

und Verbände im Mülheimer Süden weiterhin unterstützen, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit.

Gerade für junge Menschen möchten wir zusätzliche Treffpunkte und Begegnungsräume schaffen. Denkbar sind beispielsweise Outdoorsportgeräte oder jugendgerechte Unterstände mit Sitzmöglichkeiten – insbesondere auf der Saarner Kuppe.

Neben diesen Zielen verfolgen wir für die einzelnen Stadtteile im Bereich der BV 3 darüber hinaus spezifische Anliegen.

Saarn

Für Saarn ist uns ein möglichst zügiger und zugleich verlässlicher Verkehrsfluss auf der Kölner Straße (B1) wichtig. Gleichzeitig soll die Düsseldorfstraße ihren Charakter als Dorfstraße behalten und weiter aufgewertet werden.

Das Kloster Saarn möchten wir zudem als Begegnungsstätte für die Saarner Bürgerinnen und Bürger dauerhaft erhalten.

Selbeck

In Selbeck streben wir den Bau einer Turnhalle an, die gegebenenfalls von einem Sportverein betrieben werden kann. Darüber hinaus möchten wir einen Bolz- und/oder Sportplatz neu einrichten, der ebenfalls durch einen Sportverein betrieben werden könnte und so dauerhaft für Sportangebote im Stadtteil zur Verfügung steht.

Mintard

Für Mintard gilt für uns klar: Einen Ausbau der L62 lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die bestehenden ÖPNV-Verbindungen zu erhalten und nach Möglichkeit weiter auszubauen. Auch die Parksituation – insbesondere im Bereich des Fußballplatzes – soll verbessert werden. Zudem setzen wir uns für den Erhalt des Status quo der Campingplätze ein.

Speldorf

In Speldorf möchten wir die Attraktivität der Duisburger Straße zwischen Ruhrorter Straße und Heerstraße weiter steigern. Gleichzeitig sehen wir den Bedarf für neue Räume der Begegnung: Wir streben deshalb die Schaffung einer Begegnungsstätte an, damit Vereine, die durch Kirchenschlie-

ßungen und das Gaststättensterben ihre Treffpunkte verloren haben, wieder Orte für Austausch und gemeinsames Engagement erhalten.

Auch die kulturelle Infrastruktur ist uns wichtig. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der SOL-Kulturbar als Livemusik-Location ein und wollen gemeinsam mit dem Theater an der Ruhr den Kulturstandort Raffelbergpark weiter stärken.

Broich

Für Broich möchten wir den Vorplatz der „Broicher Mitte“ weiter begrünen und beleben. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Möglichkeit, die „Broicher Mitte“ als Alkoholverbotzone auszuweisen.

Darüber hinaus liegt uns der Erhalt der Grün- und Erholungsflächen besonders am Herzen. Wir wollen den Broicher Wald beziehungsweise den Uhlenhorst erhalten und sauber halten. Ebenso ist das MüGa-Gelände einschließlich Schloß Broich weiterhin zu pflügen.

Auch entlang des RS1 auf Broicher Gebiet wollen wir eine Begrünung der Seitenbereiche sowie deren dauerhafte Pflege gemeinsam mit dem RVR prüfen.

Schließlich möchten wir die Alte Dreherei weiterhin als wichtigen Ort der Begegnung und kulturellen Veranstaltungen erhalten und fördern. Damit verbunden ist auch die Unterstützung des Trägervereins.

19. ZUSAMMENARBEIT DER KOOPERATIONSPARTNERINNEN

Wir werden partnerschaftlich, konstruktiv und lösungsorientiert auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Wir werden unsere Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung miteinander gestalten. Gemeinsame Initiativen werden gemeinsam kommuniziert. Bei unterschiedlichen Auffassungen zu aktuellen Themen wird der Partner frühzeitig informiert.

Eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit bleibt weiterhin möglich, in der die Kooperationspartnerinnen wertschätzend miteinander umgehen. Wir werden einen gegenseitig respektvollen Umgang mit (lokalen) Medien pflegen. Wir werden uns auch weiterhin für eine unabhängige und kritische Medienarbeit einsetzen und diese gegen

Angriffe von Demokratiefeinden schützen. Wir werden einen klaren Kurs gegen Rechtsextremisten im Rat und den Bezirksvertretungen sowie in der Stadtgesellschaft gehen. Mit Rechtsextremisten wird es keine Zusammenarbeit und keine Rücksprachen, ob inhaltlich oder organisatorisch, geben. Wir werden Rechtsextremisten keine Gelegenheit bieten, als offizielle Vertreter der Stadt und ihrer Gremien bei öffentlichen bzw. offiziellen Terminen aufzutreten. Wir geben Demokratiefeinden keine Chance, die kommunale Demokratie von innen zu zerstören.

20. DANKSAGUNG

Die Kooperationspartnerinnen danken allen Beteiligten sehr herzlich für die konstruktive, engagierte und von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit im Rahmen der Erarbeitung dieser Vereinbarung.

Der kontinuierliche und offene Austausch über einen längeren Zeitraum hinweg sowie die gemeinsame Bereitschaft, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen und im Dialog tragfähige Lösungen zu entwickeln, haben maßgeblich dazu beigetragen, eine belastbare und verlässliche Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit zu schaffen.

Ein besonderer Dank gilt hierbei allen beteiligten Fachgruppen, die diesen Prozess mit großem Engagement, fachlicher Expertise und intensiver Verhandlungsarbeit maßgeblich vorangebracht haben.

Die Kooperationspartnerinnen freuen sich darauf, die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf dieser Grundlage in unserer Heimatstadt vertrauensvoll und verantwortungsbewusst zum Wohle der Stadtgesellschaft zu gestalten.

Astrid Timmermann-Fechter MdB

Vorsitzende CDU-Kreisverband Mülheim an der Ruhr

Nadia Khalaf

Vorsitzende SPD-Unterbezirk Mülheim an der Ruhr

Rodion Bakum MdL

Vorsitzender SPD-Unterbezirk Mülheim an der Ruhr

Christina Küsters

Vorsitzende CDU-Fraktion Mülheim an der Ruhr

Filip Fischer

Vorsitzender SPD-Fraktion Mülheim an der Ruhr

